

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Morgens um
7 Uhr, und ist durch die
Expeditoren, Neus, Oranienstr. 1/1,
durch die Post und
durch Subskriptionsstellen
zu beziehen.
Preis vierteljährlich 3 M., 6 Stk.
pro Woche 20 Pf.
Verlagsstelle Nr. 1170.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon
Nr. 1208.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Abbestellungsgeld
beträgt für die einjährige
Verpflichtung über deren Name
25 Pfennige, für Vereins- und
Veranstaltungskomitees
15 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Samstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Nr. 1208.

Nr. 122.

Samstag, den 27. Mai 1905.

16. Jahrgang.

Ein Blick hinter die Kulissen.

Die Leuzische Herausgabe des Hammerstein-Nachlasses hat wieder allerlei Lesarten über die Vorgänge heraufgeführt, die zum Sturz Bismarcks führten. Da bringt der in Bismarcks'che Geheimnisse vielfach eingeweihte Maximilian Harden in der „Zukunft“ Beiträge zur Erkenntnis jener Zeit, die weit mehr als lediglich historisches Interesse haben, und höchsten Seelenleben, frei von Behang und Deforation, in aller Entblößung zeigen. Harden will „nur Tatsachen erzählen, die heute schon erzählt werden dürfen“.

Der Erzähler geht von der Intrigue der Waldersee-Ära aus, den Motiven für ihre Pläne zu gewinnen unter Lösung von Bismarck. Waldersee hatte schon damals das schlaue sich ins Ohr schmeichelnde Wort gesprochen: „Euer Majestät glorreicher Herrscher wäre seinem Volke nie Friedrich der Große geworden, wenn er neben sich die Allmacht eines Ministers gebildet hätte.“ Bismarck aber hätte sich völlig unentbehrlich und hielt es für ausgeschlossen, daß er bei Lebzeiten sein Amt verlassen könnte.

Da bringt der Mai den Ausbruch der westfälischen Bergarbeiter. Kronrat im Schloß. Der Streit, der beendet schien, hatte wieder begonnen. Der Kaiser spricht sehr schroff gegen die Bergwerksbesitzer:

„Wenn diese reichen Leute nicht Vernunft annehmen, reiche ich mein Militär zu; wird Ihnen dann der rote Sahn aufs Dach ihrer Willen gehen, ist's nicht meine Schuld.“

Bismarck antwortet, auch diesen reichen Leuten in ihren Willen sei der Schutz der Staatsgewalt nach preussischer Tradition und Verfassung nicht zu versagen; ihr Recht, über die Arbeitsbedingungen nach freier Ueberzeugung zu verhandeln, sei in einer nicht sozialistischen Gesellschaft unbestreitbar.

Es folgen weitere Differenzen zwischen Kaiser und Kanzler, unterbrochen von sehr hübschen Telegrammen des Kaisers an den Kanzler.

Der Kaiser erließ sich für die Februarerlasse, der Kanzler weigert die Gegengezeichnung, arbeitet die Erlasse um und bringt die internationale Arbeiterversammlung in Frage. Am 20. Februar Reichstagswahl; große Verluste der Konservativen, der Reichspartei und Nationalliberalen; die sozialdemokratischen Stimmen fast verdoppelt. Der Fürst will keine Einflußsphäre gegen kollegiale Treiberein schütten, den Verkehr der Minister und Staatssekretäre mit dem König kontrollieren. Widerstand; der Monarch fordert die Aufhebung der Kabinetsorder vom 8. September 1882, die dem Ministerpräsidenten die freie Leitung der Geschäfte sichern sollte. „Wenn der König diesen Zustand ändern will, muß er selbst sein Ministerpräsident werden, die Befugnisse des Amtes übt er ja tatsächlich schon aus.“ Mit solchen Nebenarten, lautet die Antwort, sei nichts bewiesen; der Fürst sollte über den Oberpräsident eine ausführliche und objektive Denkschrift liefern. Am 15. März wird die internationale Konferenz eröffnet. Bismarck nennt sie im Privatgespräch „Eine große Phraseologie“; und der Kaiser erfährt.

Wierundzwanzig Stunden vorher hatte Bleichröder angefragt, ob der Fürst Windthorst empfangen wolle. Natürlich. Seit Jahren empfing er jeden Abgeordneten, der es wünschte. In solchem Zwecke brauchte Bismarcks blinder Freund sich nicht erst zu bemühen. Windthorst kam. Trotzdem sich bald die Unmöglichkeit einer Einigung herausstellte, bat der Weise den Preußen dringend im Amt zu bleiben; müsse oder würde er aber durchhauen sehen, so sei als für die Nachfolge geeigneter Mann der General von Caprivi zu empfehlen. Derselbe Caprivi, mit dem längst heimlich verhandelt, dem der Kanzlerposten schon zugesagt war. Dem Kaiser muß dieser Besuch sofort gemeldet worden sein. Am nächsten Morgen ist er früh in Herberts Wohnung, läßt den alten Fürsten aus dem Bett holen und ersucht ihn in gereiztem Tone, künftig nicht ohne sein Vorwissen mit Parteiführern zu verhandeln. Der Kanzler antwortet, an eine Kontrolle seines Verkehrs werde er sich nicht gewöhnen. „Nicht, wenn Ihr Herr es Ihnen befiehlt.“ „Die Macht meines Herrn endet am Salon meiner Frau.“ Am Sechszehnten wird er zweimal offiziell aufgesordert, schleunigst sein Entlassungsgesuch einzureichen. Am Achzehnten schreibt er's: weil er nach den Mitteilungen der Herren v. Hainle und Lucanus annehmen müsse, daß er damit den Wünschen des Kaisers entgegenkomme. Sechszehndreißeig Stunden danach liest er in einem Handschreiben des Kaisers: „Die von Ihnen für Ihren Entschluß angeführten Gründe überzeugen mich, daß weitere Versuche, Sie zur Zurücknahme Ihres Antrages zu bestimmen, keine Aussicht auf Erfolg haben.“

Schließlich erzählt Harden von den grimmen Enttäuschungen Waldersees, da er nicht der Nachfolger ward. Waldersee intriguierte dann weiter gegen Caprivi. Er, nicht Bismarck, entließ sich am 22. März 1891 die Verantwortung des Reichstags-Vertrages, empfangend.

Caprivi aber besorgte einige Jahre seine Aufgabe, dann ward er fortgeschickt auch deswegen, weil nun die Beziehungen nach Friedrichsruhe gebessert werden sollten, welcher Neigung er hinderlich war.

Die Wahlrechtsdebatten in Hamburg.

Die Wahlrechtsvorlage des Senates kam am Mittwoch Abend in der Bürgerschaft zur Beratung. Senator Oswald erklärt, der Senat verzichte auf eine weitere Begründung und verweise auf die schriftliche Begründung der Vorlage. Die beiden Bürgermeister, Dr. Mönkeberg und Dr. Burckhardt, sollen es abgelehnt haben, die Vorlage zu begründen.

Strack, Fraktion der Rechten, erklärt, die Fraktion der Rechten werde in ihrer Mehrheit der Wahlrechtsvorlage zustimmen. Den Bürgermeistern Hamburgs habe diese Vorlage einen Alp von der Brust genommen; denn sie sehen in ihr einen Schutz dagegen,

daß in Hamburg die besitzlose Masse zur Herrschaft gelangt. Der Arbeiterstand sei gewiß wichtig, aber er darf in einer Handelsstadt nicht tonangebend sein. Die dankenswerten Anregungen, welche die Vertreter der Sozialdemokratie gegeben, erkenne er an. Sie werden auch weiter von Nutzen sein. Die vorgeschlagene Klasseneinteilung sichere allen Interessengruppen den ihnen gebührenden Einfluß. Die Vorwürfe, die man den Teilnehmern an den geheimen Vorbereitungen gemacht, seien zu bunnig, um darauf einzugehen.

In einbrünstiger Rede zerplündert Dr. Woffsohn namens einer Minorität der Rechten die Wahlrechtsvorlage. Das passive Wahlrecht der Beamten soll nur als Mittel zum Zweck dienen, der radikalsten Linken in den Beamten Konkurrenten zu schaffen. Schon das Ersetzen der Wahlrechtsvorlage bedeute einen wichtigen Wendepunkt in unserem öffentlichen Leben. Die dadurch hervorgerufene Erbitterung werde auf die Dauer jede friedliche Vereinbarung unmöglich machen. Statt die große Masse zur Mitarbeit heranzuziehen, beschränkt man ihre Mitwirkung auf das Äußerste; dabei könne niemand behaupten, daß die Vertreter der Sozialdemokratie in der Bürgerschaft einen begründeten Anlaß zu einem solchen Vorgehen gegeben hätten. Das müssen wir einsehen, wenn wir gerecht sein wollen. Die Vertreter der Sozialdemokratie haben sich redlich bemüht, praktische Spuren zu finden auf dem Boden der bestehenden Ordnung. Eine Beschränkung der Rechte einer Partei durch die herrschende Klasse sei nur dann gerechtfertigt, wenn eine dringende Gefahr für das Staatswesen ein solches Vorgehen erfordert. Eine solche Gefahr liegt nicht vor. Man habe geglaubt, nur die zukunftsverheißende Bevölkerung halte zur Sozialdemokratie. Davin habe man sich getäuscht. Denn auch die kleineren Beamten wählen Sozialdemokraten. Die Vorlage sei nicht anders, als ein Kampfelei gegen die Sozialdemokratie. Von der Gefahr einer Klassenherrschafft der Sozialdemokratie könne keine Rede sein. Diese Vorlage beherrschte eine geistliche Organisation des Klassenkampfes. Sie verhindere jede Ueberwindung der Klassenantagonismen und stempelte die Bürger zu Besitzlosen, Mittelständ und Besessenen. Dieses Gesetz würde alles politische Leben ersticken. Es sei schlechter als das preussische und sächsische Klassenwahlrecht, denn diese stempeln die dritte Klasse doch nicht direkt zur Klasse der Besitzlosen. Ein solches Gesetz sei einer freien Handelsstadt unwürdig. Er erlaube um Ueberweisung an einen Ausschuß. Die Ablehnung des Klassenwahlrechts würde Hamburg zum Segen gereichen. (Vehafter Beifall.)

Reichstagsabgeordneter Dr. Semler erklärt, daß er an der Vorberatung der Wahlrechtsvorlage nicht beteiligt gewesen sei.

Riege (linkes Centrum) ist für die Wahlrechtsvorlage. Die Sozialdemokraten würden die Mehrheit in der Bürgerschaft erlangen und den Präbidenten zu besprechen, das müsse verhindert werden.

Stollen (Sozialdemokrat) beginnt um 10 Uhr eine große Rede. Die Wahlrechtsvorlage sei ein Stück unerschütterter Reaktion. Es sei bedauerlich, daß auf Woffsohns kein Senator geantwortet habe; ihnen sei wohl der Witz dabei ausgegangen. Foule Bürger, die ihres Gemeininteresse zeigen, sollen Privilegien erhalten; Arbeiter, die dieses Interesse nicht behaupten, sollen bestraft werden. Die herrschenden Klassen seien ohnehin gut verschantet durch Notabeln und Grundeigentümerwahlen. Sondernantende Arbeiter sollen mit Betteleibchen abgestraft werden. Was wäre Hamburg ohne die Arbeiter! Die Vorlage will die Arbeiter und Kleinbürger unterdrücken durch eine Klassenwahl; der Besitz solle allein herrschen.

Nach Stollens Rede wurde die Weiterberatung auf Montag vertagt, 17 Redner sind noch eingeschrieben. Tribünen und Logen waren überfüllt. Vor dem Parlamentsgebäude flauten sich große Menschenmassen, harrend auf den Ausgang der Verhandlung, da man an eine Durchpeitschung der Vorlage an diesem Abend glaube

Wünsche etwas besonders Feierliches, das er für seine Person aufs tiefste empfinde, und ganz gewiß nicht minder tief das ganze Gemüt seiner Ensi.

Der Herzog gestand seine Rastlosigkeit gegenüber dem hereinbrohenden Schlags. Susi strich ihm sanft das Haar aus der sorgenvollen Stirn und sagte lachend:

„Und wann wählst Ihr Euch denn zu raten und zu helfen! Die Sache ist nicht annehmend so schlimm, geliebter Heinz, wie Du sie ansehst mit Deinen prächtigen Augen, die ich notwendig erst einmal schließen muß, bevor ich sie Dir öffne. Sie ist nämlich einfach die: Ich fahre morgen nach Nacht hinaus und finde, daß Wahn sehr schlecht aussieht; übermorgen dito, nur daß ich die Notwendigkeit, sie aus dem feinsten Hause in die warme Stadtwohnung zu nehmen, konstatiere. In diesen Tagen hierber überzustehen, war, wie Du weißt, so wie so meine Absicht. Es sollte nur eine Intimität für Dich sein; jetzt bekommt es einen anderen Anstrich: es war um Wahn's willen geboten. Unser alter Geheimrat wird auf meinen Wunsch plötzlich entlassen — besonders wenn Du die Götter haben wolltest, ihm einen darauf bezüglichen Brief zu geben, — daß Wahn's Anna zu wünschen lassen, und von einer Reise mit ihr hundert Meilen weit bei diesem rauhen Wetter in ein so gefährliches Klima gar nicht die Rede sein könnte. Ich muß natürlich bleiben, wo Wahn ist. Das heißt hier — bei Dir. Quod erat — wie sagt Ihr Männer doch gleich in solchem Falle?“

„Demonstrandum!“ rief der Herzog, die auf seinen Rücken sitzende Leidenschaftlich an sich presste. „Du Kluge! Du Einzige! Ja, so geht's! geh's vorwärts. — Aber,“ fügte er traurig hinzu, „ich verliere Dich so womöglich noch einen Tag früher.“

„Wenn Du mich dafür mindestens den ganzen Winter behältst?“

„Wie soll es nur werden? Wie soll es nur werden?“ fragte der Herzog.

Es war der ewige Refrain ihrer Liebesgespräche: wie sollte es werden, wenn Susi wieder bei ihrem Manne war und den Liebenden, sich zu sehen, keine andere Gelegenheit blies, als die, welche das gesellschaftliche Leben ihnen bieten würde — die flüchtige, banale Gelegenheit, die jetzt nach so vielen, im trauesten Weineinander hinübergebrachten entzückenden Stunden der bare Lohn schien?

„Hier war auch Susi am Rat verlegen, aber hielt es doch für zurechnend, mit ihrer Erfundbarkeit zurückzuhalten und den geängstigten Liebhaber sich selber helfen zu lassen.“

„Ich konnte immer wieder darauf zurück,“ sagte der Herzog.

„Aber, es ist mir ein schrecklicher Gedanke, Heinz,“ erwiderte Susi, daß ich ohne Köpfehen mitunter schütteln.“

* Was zu beweisen war.

(Fortsetzung folgt.)

Susi.

die Geschichte von Friedrich Spielhagen.

(Nachdruck verboten.)

Susi's Liebhaber schwur, daß er aus keinem anderen Grunde als purer Neugier bald nach seinem Regierungsantritt vor vier Jahren eine Untersuchung anstellen habe, die dann auch müßelos zu dem erwarteten Resultate führe. Die Untersuchung hatte ein junges Mädel gelehrt, den er zum unbedingten Schweigen verpflichtet hatte und der überdies inzwischen gestorben war. Die zum Durchbrechen der vermaurerten Tür und für die sonstigen geringfügigen Arbeiten erforderlichen wenigen Handwerker — lauter fremde Leute, von denen keiner auch nur eine Ahnung davon hatte, um was es sich hier handelte. Der Schlüssel zu der Tür unten kam nie aus seinen Händen; und selbst wer an die obere Tür gelangt wäre, ohne eine gewisse verborgene Feder zu kennen, die nur auf einem unermesslichen Druck reagierte, hätte sie nicht zu öffnen gewußt.

Susi hatte sich von ihrem Liebhaber alle Details der ingenieusen Erfindung nicht bloß erklären, sondern zeigen lassen, wobei sie denn an beidenseitigen größten Ergüssen sogar die enge Wendeltreppe hinabgeklüffelt waren, um die Expedition in dem Schlafkabinett des Herzogs zu ernen. Sie mußten lachen, so oft sie an das nächtliche allerliebste Abenteuer dachten.

Das waren Stunden, für die der Herzog seine ewige Seligkeit verkauft hätte; aber auch für ihn war die Sonne, in deren Glanz er schwelgte, nicht sterbenslos. Selbstamerweise kam ihm die Verdunkelung seines Glückes von einer Seite, an die keine Geliebte kaum dachte. Für sie war ihre Liebchaft mit dem Herzog eine Art Raube für den Ueberdruß, den sie in ihrer Ehe empfand, mit einer persönlichen Spitze gegen Altk; für den Herzog war die Erinnerung an den Freund seiner Jugend bis zur Vernichtung unabhaglich. Er hatte ihn in seiner Weise lieb gehabt, hatte ihn noch lieb; und was viel schlimmer war, Altk war der einzige Mensch, vor dem er innerlich Respekt empfand.

Der Genosse seiner Knaben- und Jünglingsjahre war nie ein Verbant, ein Kopfhänger gewesen, nie ein Spielverderber, mochte der Streich, der ausgeführt werden sollte, noch so toll sein. Aber ein schlechter Streich, einer, der nur an einem solchen grenzte, hatte es nicht sein dürfen. Dann hatten keine Schmeicheleien und kein Aufbrausen seinerseits genügt — mit ruhiger Festigkeit hatte der andere nein gesagt; er, der sie alle, wie sie da waren, wenn es darauf ankam, unter den Wuch trank; mit dem die famossten Schläger und ängstigen Raufbolde nicht mehr anzubinden wagten, weil er jeden mit ein paar Worten abblühte; und der ein wildes Pferd zwischen den Schenkeln aufammenbrücken konnte, daß es rückend seinen Meister in ihm erkannte.

Dann hatte er den gutmütigsten aller Menschen einmal — ein einziges Mal — im Jorn gesehen. Das war furchtbar gewesen. Als hätte sie gestern Mittag gehoben, fand die Szene vor seiner Seele: auf einer Ansgangswanderung durch die Berge. Ein Mensch auf der Landstraße hatte einen Hund mißhandelt, Altk ihm die Ungeduld verboten, der Mensch höhnend geantwortet, keine Mißhandlungen des unglücklichen Tieres in nur noch schändlicherer Weise fortsetzend. Da war Altk auf ihn eingedrungen: „Willst Du es lassen, oder nicht?“ Zur Antwort hatte der Mensch sein Messer gezogen. Es war ein baumstarker Kerl gewesen. Im nächsten Moment hatte er im Gassenraub gelegen; Altk hatte auf seiner Brust geschrien, und um das Leben des Guten war es geschehen, wenn er selbst nicht dazwischen getreten wäre, um für seine Intervention beinahe so schlimm zu fahren wie der Mißtäter selbst.

Von solchen unerfreulichen Erinnerungen blieb er wohl in Susis beständigster Nähe verschont; aber sie kamen ihm nur zu oft, sobald er sich von ihr trennen mußte. Dann bestoch er mit dem Mut der Feigheit, daß er die Zänberin, koste es ihn, was es wolle, zum letzten Mal gesehen haben müße, um die Stunden und Minuten zu zählen, bis er sie wieder hatte, wieder zu ihren Füßen liegen und betteln durfte: „Sag mir nur noch ein einziges Mal, daß Du mich ein ganz klein wenig liebst!“

Er nannte sie oft seine Königin, und es war für ihn mehr als ein Kofewort. Die tiefe Kunst, die er sonst zwischen sich und allen nicht künstlichen Menschen auf getan sah, sie war nicht mehr vorhanden, wenn er in ihre Augen blickte, auf ihre kleine weiße Hand seine bühnengedigen Hände drückte. Er schämte sich allen Erstes seiner früheren Liebchaften. Wie war es möglich gewesen, daß er sich an diese Kreaturen hatte wegwerfen können? Hier war endlich eine seiner würdigen Liebe: die Liebe zu einer wahrhaften Dame, für die sein Thron der Erde Holz und hoch gewesen wäre. Und zu der er doch in stiller Nacht auf einer Hintertreppe schliefen mußte! Und deren Gatte nach vier Tagen beikamte, um als sein Eigentum zurückzufordern, wofür er freudig sein Herzblut hingegen haben würde!

So wenigstens sagte und dachte er ihr. Und sie verlor den Klugheit, was in dieser Not zu tun sei.

Genau letzten Briefe, in welchem Altk zum ersten Mal von dem Wunsche des Grafen, die Kinder bei sich zu haben, gesprochen hatte, war schnell ein zweiter gefolgt, der das Projekt beinahe schon als eine beschlossene Sache hinstellte. Das Drängen des Vaters sei während lebhaft. Auch habe er es für seine Pflicht, Susi zu gestehen, daß nach Aussage des Arztes, der die schmerzliche Mitteilung wiederum für seine Pflicht gehalten, das Leben des Vaters an einem Faden hänge, der bei einem zweiten Schlaganfall reißen könne, und so weit die Wissenschaft voraussetzehen vermöge, reifen werde. Gott wolle geben, die Wissenschaft lre sich in diesem Falle, wie in so vielen ändern. Immerhin hätten unter solchen Umständen ausgeprochen

England und Japan.

Am Donnerstag Nachmittag wurde folgendes Gerücht aus Manila kolportiert: Die beiden Flotten sind im Süden von Formosa zusammengestoßen und die Japaner geschlagen worden.

Davon hat sich bisher nichts bestätigt und die Nachricht dürfte wohl erfunden sein. Nach einer amtlichen Depesche aus Bigan (Luzon) vom 20. Mai wurden über 50 Kriegsschiffe an der Ostküste der Palau-Inseln nordöstlich steuernd gesehen. Es geht also außen um Japan herum. Uebrigens soll Hochseeflieger wieber einmal gesund und munter sein.

General Linewitz meldet dem Kaiser: Am 22. Mai rissen unsere Abteilungen das Dorf Matschendo und die feindlichen Stellungen auf dem linken Ufer des Raobe, südlich von Schandaobe, an. Nach ausdauerndem Gewehrfeuer wurde Matschendo von den Japanern verlassen, die mehr als 10 Tote und Verwundete hatten. Eine russische Abteilung griff ferner die Japaner in ihren Stellungen südlich von Schandaobe an und vertrieb sie aus einer Driftkraft vor dieser Stellung.

Politische Ueberblick.

Der Schwindel beginnt!

Die Vergarbeiter sollen doch noch bemogelt werden. In später Abendstunde werden aus den Wandergängen des Abgeordnetenhauses Gerüchte verbreitet, denen zufolge die dritte Lesung der Vergarbeitsnovelle auf Grund eines Kompromisses zwischen Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen stattfinden werde. Ueber den Inhalt des Kompromisses ist zuverlässiges nicht festzustellen, da gedruckte Unterlagen nicht vorliegen, es kann aber nur zu stande kommen durch Zugeständnisse an die arbeiterfeindlichen Konservativen. Dabei werden die Vergarbeiter über's Ohr gehauen!

Inzwischen hat die Sozialdemokratie im Reichstag die Annahme der Regierungsvorlage zur Kamerunbahn durch den Antrag auf namentliche Abstimmung vereitelt und den Reichstag so zu weiterem Verweilen gezwungen, bis das Feld im Abgeordnetenhaus klar ist. Das Zentrum hat es also jetzt in seiner Macht, entweder im Abgeordnetenhaus den Vergarbeitschutz zum Vergarbeitsvertrag umzuwandeln zu helfen, oder im Reichstag einen energischen Schritt gegen Konservative und Regierung zu wagen. In den nächsten Tagen werden die Würfel fallen.

Der letzte der Löbtauer Verurteilten,

der noch im Zuchthaus zu Waldheim schmachtete, Banarbeiter Paul Zwahr, ist nach der „Sächs. Arbeiterzeitung“ am Donnerstag Morgen bedingungsweise in die Freiheit entlassen worden.

Sechs und ein Vierteljahr hat er büßen müssen für eine Schlägerei, die keinem Menschen einen größeren Schaden zugefügt hat! Das Löbtauer Urteil wird im Sachsende vergessen werden, wenn auch das letzte Opfer die Kerkermauern verläßt.

Mit einem Reinsfall für Hilger dürfte der neue Prozeß in Saarabien enden. Der Telegraph berichtet über die Donnerstag-Sitzung:

Der Staatsanwalt hält den Beweis dafür, daß ein System der Zurückhaltung und Vergeltung geherrscht habe, nicht für erwiesen. Die ermittelten Vorwände seien Einzelfälle. Eine Wohnung berechtigter Interessen sei aber in weitestem Maße zu berücksichtigen. Dagegen ließen einige formell bezeugende Äußerungen die Absicht der Verleumdung erkennen. Der Staatsanwalt beantragt für Verleumdung in zwei Fällen je 150 Mk. Geldstrafe.

In der ersten Instanz war Krämer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, jetzt sind 300 Mark beantragt. Demnach ist begründete Aussicht, daß Hilger zu der längst entschiedenen moralischen Niederlage auch eine formelle erhalt. Er hat sie redlich verdient und kann mit Ruhm bedeckt nach Hause ziehen.

Zur Frage des Generalstreiks, die am Freitag auf dem Gewerkschaftskongress verhandelt wird, hat Bömelburg als Referent folgende Resolution vorgelegt:

Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongress erachtet es als unabwiesbare Pflicht der Gewerkschaften, daß sie die Verbesserung aller Gesetzgebung, auf deren Erläuterung beruht und ohne die sie nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, nach besten Kräften fördern, und alle Versuche, die bestehenden Vollmachten zu beschneiden, mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen.

Auch die Taktik für etwa notwendige Kämpfe solcher Art hat sich nach den jeweiligen Verhältnissen zu richten.

Der Kongress hält daher auch alle Versuche, durch die Propaganda des politischen Radikalismus eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für unzulässig; er empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energisch entgegenzutreten.

Der Generalstreik, wie er von Anarchisten und Lenin von jeglicher Erklärung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird, hält der Kongress für unbillig; er warnt die Arbeiterschaft, sich durch die Annahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisation abhalten zu lassen.

Wir können nicht behaupten, daß die Abfassung der Resolution eine sehr glückliche ist.

Gegen die Arbeitsehrer am ersten Mai wird sich der Referent zur Kaiserfeier auf dem Gewerkschaftskongress. Genosse Robert Schmidt, Abgeordneter für Berlin V aussprechen. Er hat dem Gewerkschaftskongress folgende Resolution unterbreitet:

Der deutsche Gewerkschaftskongress erachtet in der Kaiserfeier eine bedeutungsvolle Aufgabe der Arbeiterschaft aller Länder im Dienste der Forderung des achtundzwanzigsten Jahres sowie der Propaganda wichtiger sozialpolitischer Aufgaben. In dieser Propaganda erblickt der Kongress zugleich eines der wichtigsten Mittel, die nationalen Gegensätze zu beseitigen, um das freundschaftliche Band enger zu knüpfen, das die Arbeiter der ganzen Kulturwelt umschließt. Um so wichtiger wird diese Aufgabe, wenn in erster Würdigung Weise unter Ausschluß aller dem Charakter der Kaiserfeier fernliegenden Veranstaltungen die Kaiserfeier so arrangiert wird, daß den Arbeitern allgemein die Möglichkeit gegeben wird, daran teilzunehmen. Wir können uns der Tatsache nicht verschließen, daß die Feier, durch Arbeitsehrer bezeugt, nur einen kleinen Teil der Arbeiter erreicht, große Massen von der Arbeitsehrer-Aktion ausschließen. Nicht in der Arbeitsehrerfeier liegt der

Wert der Kaiserfeier, sondern in der Massendemonstration, die allen Arbeitern ungehindert die Teilnahme gestattet, um für wichtigsten sozialpolitischen Forderungen ihre Stimme zu erheben. Die Arbeitsehrer bezeugen durch die Kaiserfeier den Charakter der Demonstration einbüßen. Die Gewerkschaften sind deshalb der Meinung, daß die Feier am Abend des ersten Mai von Bedeutung gewonnen würde, wenn die Einheitlichkeit der Kundgebung bewahrt wäre, denn die Feier hat sich nicht zu teilen in eine Kundgebung der Gewerkschaften und in besondere Veranstaltungen der politischen Partei, sie geht der Arbeiterschaft insgesamt.

Da mit dieser unserer Anschauung die Beschlüsse des internationalen Kongresses in Amsterdam sowie des Kongresses der sozialdemokratischen Partei in Bremen in Widerspruch stehen, so begnügen sich die Gewerkschaften mit der Erklärung ihres prinzipiellen Standpunktes, ohne, so lange die Beschlüsse des internationalen Kongresses zu Recht bestehen, an der bisherigen Form der Kaiserfeier etwas zu ändern, da eine Durchbrechung der Beschlüsse des internationalen Kongresses nur eine weitere Schwächung der Kundgebung bedeuten würde.

Der Inhalt der Resolution wird sich ungefähr mit den Anträgen, die die Breslauer Genossen seit mehreren Jahren den sozialdemokratischen Parteitagen unterbreiten.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages stellt den Bericht über die Wahl des Abg. Dr. Wallau (S. Helfen, natlib.) fest. Ueber die Wahl des Abg. Prüssner von Lindenhausen (1. Kreis, natlib.) wurde der Reichstag dem Reichstagspräsidenten anberaunt. Gezüglich der Wahl des Abg. Wessel (2. Kreis, natlib.) wurde der Antrag an das Plenum auf Gültigkeitserklärung beschlossen.

Reaktion bei den Frommen. Der Fall des Pastors Mauris in Bremen hat große Erregung hervorgerufen. Eine Versammlung von 1500 Personen soll erklärt haben, sie würden aus der bremischen Landeskirche ausscheiden, für den Fall, daß die behördliche Ungültigkeitserklärung der von Mauris vollzogenen Taufen nicht zurückgenommen wird. Pastor Mauris hat, wie erwähnt, seit Jahren die Taufe nicht in der vorgeschriebenen Form, sondern „im Namen des Guten“ vollzogen.

Was die Frommen doch für Sorgen haben. Auszeichnung eines antikemistischer Abgeordneter. Die Staatsbürgerzeitung schreibt mit Stolz: „Der Reichstagsabgeordnete Heinrich Götte (Reichspartei), der bekanntlich als einziger bürgerlicher Abgeordneter bei den Reichstagswahlen im Jahre 1902 seinen Kreis (Bangen-Namern) gegen die rote Front behauptete, die damals ganz Sachsen überschwebte, hat vom König von Sachsen das Ritterkreuz des Albrechtsordens erster Klasse erhalten, das ihm vom sächsischen Kreisshauptmann v. Schlieben am Dienstag überreicht wurde.“ — Heil! Hurra! Hoch!

Neue Steuererhöhungen in die Wüste. Der Bundesrat stimmte in seiner Sitzung am Donnerstag zu einem zweiten Nachtragsentwurf zum Reichshaushalts- und zum Reichshaushaltsetat der Schutzgebiete für 1905 zu.

Wie hoch die Summen sind, nur deren Bewilligung der Reichstag in diesen Nachtragsentwurf angegangen werden soll, ist noch nicht bekannt. Aber das ist zum Fenster hinausgeworfen sind, kann ein vernünftiger bestreiten.

Noch ein Opfer der Montignoso-Affäre. Die Strafkammer in Straßburg i. Elz. verurteilte den Genossen Peirots von der Straßburger „Freien Presse“ wegen Nachdrucks eines Heftens aus der „Wiener Arbeiterzeitung“ über die Gräfin Montignoso, das eine Verleumdung des Königs von Sachsen enthält, zu vier Monaten Gefängnis. — Festschloßhaft ist eine seltene Strafe für einen sozialdemokratischen Redakteur.

Anslaud.

Rußland.

In Warschau kumpt man auch bereits an, das Numbenproletariat auf die Arbeiterschaft und die Juden zu hetzen. Des Uebelstands gewärtig, haben die Angegriffenen das Gekind jedoch in die Flucht geschlagen, wobei es viele Verwundete gab.

Die Ermordung des Gouverneurs von Wata hat in Petersburg große Erregung hervorgerufen, weil man daraus sieht, daß die Ruhe im Reiche mehr eine Scheinruhe als eine wirkliche ist. 40 Polizisten belauert. Wie der „Schles. Ztg.“ aus Wiga berichtet wird, sind daseibst am 21. d. M. auf einer der Hauptstraßen ein Polizist durch einen Schuß in den Unterleib und ein ihm zu Hilfe herbeigeeilte Wächter durch einen Schuß in den Fuß verwundet worden. Den Uebelthäter ist es gelungen, zu entkommen. Innerhalb der letzten vier Monate sind in Wiga über vierzig Polizeibeamte getötet oder verwundet worden.

Zum Tode verurteilt wurde der junge Mann, der das Attentat auf den Polizeichef von Obeffa verübte. Die Verhandlung wurde von der Militärbehörde geführt, weil der Attentäter schwer beleidigende Aussagen gegen den Polizeichef machen wollte. Der Polizeichef hatte die Gewohnheit, junge Mädchen, die ihm gefielen, unter dem Vorwand politischer Vergehen zu verhaften und sie zu mißbrauchen. Der junge Mann, der jetzt zum Tode verurteilt worden ist, war der Bräutigam eines jenen Mädchen, das der Polizeichef mehrere Wochen in Gefangenschaft gehalten und in der unglücklichsten Weise bergewaltigt worden war. Fünf junge Mädchen hatte er von seinen Beamten entleiden lassen und sie in Gegenwart der Polizisten durchgeschickt.

Partei-Angelegenheiten.

Wieder eine „Wahrheit“. Vor wenigen Monaten hat die Waldburger „Wahrheit“ erst das Heilige gesungen, jetzt aber wird in Beistehen ein neues Partei-Organisationsblatt erscheinen, das diesen Titel übernimmt. Der letzte verfassungsmäßige Provinzial-Parteitag in Eichlinghofen beschloß, zur Förderung der Agitation in den zurückgebliebenen Gebieten des westlichen Westfalen eine monatlich erscheinende Agitationszeitung herauszugeben, die den Titel „Wahrheit“ führt.

Arbeiterbewegung.

Der christlich-weisheitliche Arbeitgeberverband beabsichtigt, wenn in Dortmund nicht bis Freitag die Sperrung über die Hauptstraße aufgehoben ist, sämtliche organisierten Banarbeiter im niederdeutsch-westfälischen Industriegebiet auszusperrern. Es kommen hierbei etwa 40.000 Leute in Betracht. In den nächsten Tagen wird eine Versammlung stattfinden, welche über diese Frage Beschluß fassen wird.

Die „gebildeten Streikbrecher“ in Stockholm. Durch freiwillige Heiligung wurden die Hauptstrahlen der Sozialist einigermassen gereinigt. Eine harte Polizeibeamtung war kommandiert, die Ordnung wurde aber nicht gestört. Die Morgenblätter veröffentlichten von zwölf Delegierten der verschiedenen Hochschulen unterschriebene Erklärungen, in dem gegen das Auftreten der Studenten in der Arbeiterkonflikte protestiert wird. Ein sozialdemokratischer Arbeiterverein protestiert ebenfalls.

500 Badergehilfen in Nürnberg sind in den Ausschub getreten, weil eine Beschlagnahme der Badermeister mit Zweidrittel-Mehrheit einen vom Gewerbegericht als Einigungsamt aufgestellten neuen Lokalanrat verworfen hatte.

Der Bauarbeiterverband in Leipzig beschloß, an sämtlichen Bantzen die Arbeit ruhen zu lassen, falls die Bauhilfs-

arbeiter die über eine Anzahl von Bantzen verlangte Sperrung nicht aufheben. Durch die Sperrung würden rund 6000 Arbeiter betroffen. Christliche Unternehmer und christliche Arbeiter. In dem Diktum Metallwerken ist nach dem Ausstand doch aufgehoben. Es handelt sich um einen Kampf zwischen der Direktion dieser Aktiengesellschaft und dem christlichen Metallarbeiter-Verband. Die Arbeiter hatten infolge von Missetatungen christlich-organisierte Extraktanten schon einmal die Arbeit niedergelast, nahmen sie aber auf Bureben ihres Nachener Verbandsbeamten wieder auf, um nicht konfliktföhrig zu sein. Die darauf unternommenen Unterhandlungsversuche des christlichen Verbandes lehnte die Direktion ab und verbat sich jede „Einmischung“ von dessen Seite. Darauf reichten die Arbeiter selber ihre Forderungen ein, deren erste lautete: Wiedereinstellung der beiden gemisseteten Vertrauensleute und der fünf anderen Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes. Die Direktion lehnte diese Forderung ab und entließ wieder ein Verbandsmitglied. Darauf verlangten die Arbeiter, sofort in den Ausstand zu treten. Die christliche Verbandsleitung verbinderte jedoch die Ausführung des Beschlusses. Trotzdem legten am Montagmorgen 120 Leute die Arbeit nieder.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 26. Mai

Aus unserem Stadtparlament.

Die gestrige Sitzung begann mit einer geradezu kläglichen Erscheinung. Der Stadtverordnete Stein, der streitbare Held antisemitischer Couleur, gab auf „Wunsch seiner Parteiliebe“ die Erklärung ab, daß er seine Angriffe gegen den Magistrat mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknähme. Er habe aber in gutem Glauben gehandelt und seine Gewährsmänner hätten ihm nicht genügend Material zur Verfügung gestellt.

Wie! Lärm um einen Eierkuchen! Da hat sich der Ober- und der Unter-Bürgermeister und der Personalien-Dezernent in Unkosten gestürzt und haben von „aus der Luft gegriffen“, „ins Blaue hineingeredet“ usw. gesprochen, und schließlich hat der Magistrat die Akten drucken lassen und selbst den Nachweis geführt, daß Stein recht hatte und dann — nimmt Stein mit dem Ausdruck des Bedauerns alles zurück. Und das wollen ernsthafte Politiker sein? Auf Wunsch seiner Freunde“ beraubt sich Herr Stein des Restes von politischer Ernsthaftigkeit, die man ihm bisher noch beimah! Die Abgabe dieser Erklärung, die Dank der Fürsorge des konservativen Parteilührers Dr. Peucker, der oben auf dem Präsidentensitze die Gesche die Verhandlung lenkte, schnell und unauffällig vor sich ging, war eigentlich der einzige interessante Augenblick aus der ganzen Sitzung. Es wurden Zuschläge erteilt, Genehmigung zu Anstellungen und Rechnungsprüfungen ausgesprochen, Grundstücks-Ankäufe und Austausch genehmigt und was dergl. wichtige Sachen mehr sind. Die Vorlage betr. die Schaffung von gärtnerischen Anlagen auf dem Schiefwerber- und dem Rossplatz wurde nach kurzer Beratung genehmigt, sodaß die Arbeiten baldmöglichst in Angriff genommen werden und endlich die Bewohner der nördlichen Vorstadt auch die Vorteile eines größeren öffentlichen Gartens genießen können.

Im übrigen verweisen wir auf den Sitzungsbereich in der Beilage.

*** Wegen „Aufforderung zum Ungehorsam“**

hatte sich Genosse Robert Albert am Donnerstag vor dem Landgericht Magdeburg zu verantworten. Die „Straftat“ (nach § 110 Str.-G.-B.) soll begangen sein durch einen Artikel der „Magdeburger Volksstimme“ vom 6. November 1904, in welchem an einige Militärvorgesetzte des Bauraubentensandes die Aufforderung erging, eine Frage des Bezirkskommandos, ob sie freiwillig gegen die Hereros mitkämpfen wollen, einfach nicht zu beantworten.

Im Januar d. J. war der Termin verlegt und dem Staatsanwalt aufgegeben worden, Leute ausfindig zu machen, die sich tatsächlich durch den Artikel zur Nichtantwort hätten beeinflussen lassen. Nach fast 6 Monate langer Dauer hatte zur gefestigten Verhandlung der Staatsanwalt einen Zeugen ermittelt und vorgeladen. Der aber — ein Herosmann aus Achterleben — verweigerte dem Staatsanwalt die Gefolgschaft und erklärte, er hätte auch ohne die Aufforderung der „Volksstimme“ die „Anfrage“ nicht beantwortet, da ihn ja das Kommando nicht hätte dazu zwingen können. Er habe so wie so keine Lust gehabt, den Potentottenkrieg mitzumachen.

Der Angeklagte wies nach, daß eine Anzahl Personen — ohne Kenntnis des Artikels — die Frage des Kommandos tatsächlich nicht beantwortet, daß mithin die Behörde auch nicht die Gewalt gehabt hätte, sie zu zwingen, mithin also von einer Aufforderung zum Ungehorsam gegen ein gültiges Gesetz so nicht die Rede sein könne. Der Staatsanwalt erklärte den Artikel für eine „ganz allgemeine fahrlässige Handlungsweise“ (!) weshalb auch § 112 angewendet und auf einen Monat Gefängnis zu erkennen sei.

Das Gericht, das vorher erklärt hatte, es müsse eine prinzipielle Entscheidung getroffen werden, da das Reichsgericht bisher 'mal so, 'mal so, entschieden, verurteilte den Genossen Albert einstellweise zu 200 Mk. Geldstrafe event. 20 Tage Gefängnis. Beachtenswert war die Begründung: Der Angeklagte hätte unter allen Umständen wissen müssen, daß das Nichtbeantworten der Frage strafbar (!) sei. Es stünde das für jeden gebildeten, aufgeklärten Menschen ohne weiteres fest und es sei deshalb ganz unmöglich, anzunehmen, der Angeklagte habe das nicht gewußt!

Vorher aber hatte der Verteidiger aus den Akten festgelegt, daß selbst die — Staatsanwaltschaft nicht genau orientiert und deshalb gezwungen gewesen war, sich beim Bezirkskommando Achterleben Auskunft zu holen!

Demnach scheint also, daß ein Staatsanwalt über juristische Fragen unklarer sein darf, der Redakteur eines sozialdemokratischen Blattes aber nicht... Gegen das Urteil wird die Revision angemeldet werden.

*** Für den Gewerkschaftshausfonds haben auch die Töpfer 500 Mk. bewilligt.**

Zur Lohnbewegung der Schmiede. Die Innung nahm gestern Stellung zu den Forderungen der Schilfen. Am Donnerstag bereit hatte der Leiter des Schmiedeverbandes, Kollege Peter aus Leipzig mit einzelnen Meistern private Verhandlungen gepflogen. Der Obermeister erachtete die Forderungen der Schilfen mit Ausnahme derjenigen der Stockfellen nicht als zu hoch. Auch wollte er in der Innung dahin wirken, daß Peter zu den Verhandlungen zugelassen würde. In der Innung kam es dann aber ganz

andere. Der Altgeselle Scheel beantragte die Auflassung des Gewerkschafts, die aber abgelehnt wurde, nachdem sich insbesondere Herr Roldox sehr energisch dagegen erklärt hatte, daß ein „autonomes Organ“ einer Dresdener Innungsverammlung beizubehalten. Im übrigen glaubten die Herren die ganze Sache auch ohne Mitwirkung des Gewerkschafts erledigen zu können und zwar in ihrer eigenen Aufrechterhaltung. Man erklärte dem Gewerkschaftsleiter nach kurzer Beratung, an der dieser nicht teilnehmen durfte, rund heraus, daß die Forderungen abgelehnt seien. Es mußte den Herren erst klar gemacht werden, daß der Gewerkschaftsausschuß zu Verhandlungen da ist und nicht lediglich, um ein Verdict der Meister entgegen zu nehmen. Man trat dann schließlich in Verhandlungen ein, aus denen aber auch nichts Vernünftiges herauskam. Herr Weigelt meint, er würde nur junge Gesellen bei niedrigem Lohnsätze beschäftigen, sich ein paar Remissen bauen und Wagen im Vorrat anfertigen. Rame dann später ein Geselle wegen höherem Lohn an ihn heran, dann müsse er eben raus. Diese vornehme Auffassung wurde zwar vom Obermeister bekräftigt, sie zeigte aber nur geringe Achtung die Schmiedegesellen gegenüber dem Meister abgerungen haben. Die Beratungen liefen schließlich darauf hinaus, daß man den in der Sprache der Schmiedemeister so bezeichneten „besseren Arbeiter“ eine Lohnzulage gewähren wolle, aber auf einen Tarif lasse man sich nicht ein. Bemerkenswert aus den Aufstellungen der Meister ist noch, daß die hiesige Militär-Schmiede auch für Privatindustrie arbeitet und wird dort ein Eisen für 60 M. angeschlagen. Dies sei für die Privatindustrie ein Grund, weshalb sie keine höheren Löhne bewilligen könnten.

Der Holzarbeiterverband hielt gestern Abend im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Kollege Becker referierte über die Ursachen des Tischlerstreiks bei der Firma Olsenhoff und das Verhalten des Geschäftsführers Wamborn. Nebenher erörterte die seit mehreren Monaten bestehenden Streitigkeiten lokaler und materieller Natur. Es handelte sich um sogenannte „Berliner Arbeit“. Die eingeleitete Schlichtungskommission hatte ein Schreiben an die Firma gefandt, das aber keinen Eindruck auf die letztere erzielte. In diesem Monat tagte nur eine Einigungs-Kommission, in der sich zumeist die Vertreter durch fernmündliche Auskünfte und Briefe mit Wamborn als „Gemeinsamkeiten“ über. In der Sache, der die Quelle des Streiks anzuweisen sein soll, wurde tatsächlich von Wamborn entwürdigend behandelt und zu allerhand Arbeiten benutzt, die er garnicht zu verrichten brauchte. Man habe Wamborn entlassen und als die Firma um Wiederaufnahme ersucht wurde, diese aber jealöses Zugeständnis ablehnte, legte schließlich dort beschäftigte Kollegen — etliche zwanzig — die Arbeit nieder. Seitdem verließ dann einen Brief des Herrn Olsenhoff, worin letzterer betont, daß nicht sein Geschäftsführer Wamborn, sondern er selbst alle Maßnahmen veranlaßt habe. Der Brief trägt im übrigen einen sehr aggressiven Charakter. Der Referent bemerkt dazu, daß besonders der Schreiber des Briefes beachtenswert sei. Inzwischen war das über die „Berliner Arbeit“ abgegebene Gutachten von dem Architekten Cario, Lehrer an der städtischen Handwerker-Schule eingetroffen. Hatte der Streit zwischen der Firma und dem dort beschäftigten Gesellen bisher einen schroffen Verlauf angenommen, so hätte das Gutachten entschieden schlichtend wirken müssen. Das geschah aber nicht. Der Gutachter hatte die Frage zu entscheiden: Was sind die Ursachen? Was sind die Ursachen? Inwiefern sind die letzteren Teilung? Was an den betreffenden Familien der Firma Olsenhoff als „Pflaster“ anzusehen und im Sinne des Tarifs als solche zu bezahlen oder nicht? Der Referent enthält nämlich die Bestimmung, daß für Stängelische Kastenfenster ein Lohnzuschlag von 1.50 M. beziehungsweise 1 M. (für Vorder- und Hinterpart) zu zahlen ist, wenn sich Pflaster an ihnen befinden. Herr Cario entschied nun, daß es sich zwar nicht um Pflasterarbeiten handle, aber die verrichtete Arbeit sei pflasterähnlich auszubilden. Am Schlusse des Gutachtens wird eingeklärt, daß der Tischler für das Zurichten, Anstreichen, Anschleifen, Aufheben der 4 Sothelstücke, der zwei Gurteilen und der beiden Konsolen, sowie das Säubern des Schiffes der verzerrten Pfosten vorderseite einen berechtigten Anspruch auf einen angemessenen Lohnzuschlag machen können, der aber der freien Vereinbarung überlassen bleiben muß. Nach diesem Gutachten hätte keine streitende Partei Recht bekommen, aber es war doch derartig, daß mit guter Willen seitens der Firma eine Einigung sehr wohl hätte geschehen können. Trotz alledem sei eine Notiz von einer allgemeinen Aussparung im Tischlergewerbe zu Dresden in die Zeitungen langiert worden. Das könne nur von einem Nichtbeteiligten geschickelt sein. Ueber die Streitenden bei der Firma habe man sich eine Liste anzuferieren lassen. Wirtschaftlichen Worten wurde die Gebahrung der Brandmarkt. Verhättnis als praktischen Gründen sei die Wiedereinstellung Pflasters zurückgegeben worden. Zum Schlusse apprierte Redner an die Versammelten, auch den letzten Mann der Organisation zuzuführen, dann würde sich auch das Unternehmertum bequemen müssen, auf die von der Organisation gestellten Forderungen einzugehen. Die Kollegen Danneberg und Büchmann erzählten die Ausführungen des Vordröners, wonach eine entsprechende Resolution im Sinne des Referats einstimmig Annahme findet.

Ueber den zweiten Punkt: „Die Lebenslage der Stellmaler“ sprach Kollege Puschmann. Wir werden die mitgeteilten statistischen Daten morgen veröffentlichen. Die Frage: „Wie steuern wir dem traffen Ueberstundenwesen in den Tischlereien?“ bespricht Kollege Vektor. Die folgenden Firmen herrscht Ueberstundenarbeit: Nentwig, Rindmann 13, beschäftigt täglich eine Stunde mehr als tariflich, ohne Zuschlag; Vektorow, Nikolaitraße, hat 57 Stunden Arbeitszeit statt 54, wie vereinbart; Mikhlerow, Berlinerstraße Nr. 57, zahlt für Ueberstunden 6 Pf. Zuschlag; Bergerhardt, Ferkeldstraße 18, 60 Stunden Arbeitszeit; bei Rabierkele haben sich Sonntag und Werktag Kollegen freiwillig zu Ueberstunden angeboten; bei Hilbig sind 73 Stunden wöchentlicher gearbeitet worden, jezt von früh 6 bis 7 Uhr Abends. Nach 8 bis 11 Uhr nur 15 Pf. pro Stunde. Folgende Resolution wird einstimmig angenommen:

Die heutige öffentliche Versammlung der Holzarbeiter verurteilt das in jüngster Zeit sehr stark entwickelte Ueberstunden-System als den abgeschlossenen Vertrag und dem Neunstundentage widersprechend. Die Ueberstunden dürfen nur in dringenden Fällen geleistet werden und dürfen in der Regel vier Stunden die Woche nicht übersteigen. Sonntagsarbeit ist möglichst ganz zu vermeiden. Werden trotzdem mehr Ueberstunden in der Woche gefordert, und sind noch Klagen zu besorgen, so ist es einer Durchdringung des Neunstundentages gleich zu achten. Die Mitglieder verpflichten sich, ihr strikte Durchführung des Beschlusses Sorge zu tragen.

In großer Lebensgefahr schwelte, wie er uns mitteilt, Genosse Robert Ribbeck. Als er zu einer Verhandlung vor dem Landgericht Magdeburg am Mittwoch Nachmittag von Ober-Schlesischen Bahnhof aus abfuhr, wurde kurz hinter Breslau ein Scheiben des Kupers, in dem Albert mit dem Genossen Josef Schwob saß. Die Scheibe wurde selbstverwundlich zertrümmert, und die Splitter stießen Albert ins Gesicht, atücklicher Weise ohne ihn schwerer zu verletzen. In Moschorn erkranketen die beiden Genossen dem Jungführer Anzeige vom dem Vorfall, der die notwendige Untersuchung einleitete. Der Schreck der Passagiere kann man sich ausmalen.

Sommer-Theater (Biebischs Establishment). Heute Freitag, den 26. Mai 1905, geht Carl Mörz's „s Mühlerei“, Volksstück mit Gesang in 5 Aufzügen zum ersten Mal in Szene. — Morgen Sonntag, den 27. cr., findet eine Wiederholung von „Drei Tage in Schloß dersee“ statt. — Sonntag der 28. Mai beginnt das Theaterstück Panzer-Theater mit einem Nutzen für den Verein, über den wir noch eingehend berichten werden.

Belegungen aus den Gewerkschaften.

In den Differenzen in den Gutfabrikren. Wie bereits gemeldet, sind in den Gutfabrikren von C. Perl jun. Nachfolger und Rabat u. Guttman Lohnabhängige vorgekommen. Zunächst sind die Bleher davon betroffen, doch würden auch andere Arbeiter sicher folgen. Eine gestern Abend stattgefundene Versammlung beschloß, bei der Firma Rabat u. Guttman entgegen den Absichten eine Lohnreduktion von zehn Prozent zu fordern. Die Antwort hierauf wird bis Sonntag Nachmittag 4 Uhr erwartet und wird Sonntag früh eine weitere Versammlung hierzu Stellung nehmen. Bei der anderen Firma vermag der Verhandlungsvorstand sich nichts zu unternehmen. Die dortigen Gutfabrikanten sind zum größten Teile unorganisiert und werden sich deshalb die Lohnreduktion gefallen lassen müssen. Hoffentlich bringt sie dies nun zur Einsicht von der Notwendigkeit der Organisation.

*** Die Baupolizei** ist über den Neubau der Unter-nehmer Kreisler und Schuelle auf der Kaiserstraße, von den Organisationen der Maurer und Bauarbeiter verhängt worden. Die Ursache ist einerseits in der schlechten Behandlung seitens des Unternehmers Kreisler und zum anderen Teil in Lohn Differenzen der Kalf- und Ziegelträger zu suchen. Die Untreiberel hat dazu geführt, daß die Arbeiter den Bau zu meiden, umso mehr, als die Polizeiwache für das Unternehmertum prompt zur Stelle ist. Man suche also Zusammenstöße möglichst weit aus dem Wege zu gehen.

*** Achtung, Bauarbeiter!** Hiermit sämtlichen Bezirksklassierern zur Kenntnis, daß diejenigen un-ausgestellten Mitgliedsbücher, die sich noch in ihren Händen befinden, nicht mehr ausgestellt werden dürfen, da dieselben eingezogen werden und neue zur Ausgabe gelangen.

*** Achtung, Gutarbeiter!** Sonntag, den 28. Mai, Vormittags 10 Uhr: Versammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 1. — Tagesordnung: Die Lohn Differenzen bei Rabat u. Guttman.

*** Zur Lohnbewegung der Schmiede.** In der Wagenfabrik von Wilding, Klosterstraße, sind heute die Forderungen bewilligt worden. Die Arbeit wurde Mittags wieder aufgenommen.

*** Der Gemeindearbeiter-Verband** hält am Sonntag im „Gewerkschaftshaus“ ein Aktiöngebäude ab, zu welchem Gäste gern gesehen werden.

*** Achtung, Holzarbeiter!** Der geplante Ausflug nach Obernig, welcher am dritten Pfingstfesttag stattfindet, kann nicht mittels Sonderzuges unternommen werden. Es wird aus aber ein Vor- und Nachzug zu dem ermäßigten Fahrpreis von 1.10 Mark pro Person gestellt. Kinder unter 4 Jahren frei, bis zu 10 Jahren die Hälfte des Preises. An die Bezirksklassierer werden heute Abend Listen der Teilnehmerzahl ausgegeben. Alles Nähere die Inserate.

In Berlin sind die Modellstecher und Mühlenbauer noch im Streit. Wir bitten Bezug streng fernzuhalten.

Bunzlau, 20. Mai. Spießgesellen. Das „Bunzlauer Stadtblatt“ schreibt anlässlich der Reden unseres Genossen Schebs in der letzten Stadtverordnetenversammlung, nachdem es denselben im Geiste schon im Magistrat sitzen sieht, unter anderem folgendes: „Und merkwürdig, nachdem er so willig Ja und Amen sagte zu dem, was der bösle Magistrat präsentierte, scheint er doch an seinem demokratischen Mundstücken keinen Schaden genommen zu haben. Wir konstatieren das, nicht um Herrn Schebs deshalb zu tadeln, sondern nur, um zu zeigen, daß man auch ein ganz guter und thätiger Stadtverordneter sein kann und keineswegs Verrat an den heiligsten Interessen der Steuerzahler tut, wenn man einmal etwas für gut befindet, obwohl es vom Magistrat kommt.“

Das ist, verehrtes Stadtblatt, dummes Zeug, was Du daher-redest. Unsere Genossen sind stets für die Anträge des Magistrats eingetreten, die wirklich gut waren und haben stets und werden auch weiterhin solche Anträge bekämpfen, die nach ihrer Ueberzeugung entweder nicht notwendig oder eine Belastung der unteren Volksschichten zur Folge haben. Warum soll ein „böser“ Magistrat nicht auch einmal „gute“ Ideen haben? Für letztere ent-anktet ist Pflicht jedes Stadtverordneten, denn es mit seinem Amt Ernst ist und den keine anderen Gründe bestimmen, als seine Ueberzeugung. Darunter leidet kein Bürger, am allerwenigsten ein demokratisches, Schaden. Der große Unterschied zwischen unieren Vertretern und denen der bürgerlichen Kreise ist eben der, daß von letzteren alle die Anträge immer angenommen werden, die unsere Genossen bekämpfen, weil nach der Ansicht eines ganz besonders schlauen Stadtvaters die Magistratsanträge gut seien, die dem Stadtverordneten Schebs nicht gefallen. Mit solchen sogenannten Witten sucht man sich aus der Schlinge zu ziehen und das Gewissen zu beruhigen, wenn man mal zu der Einsicht kommt, daß pyramidale Dummheit begangen zu haben. Wir erinnern nur an die Nacht-schulzumarschvorlage, die Panatgelskrezordnung u. s. m. Dagegen lehnen die Herren solche Anträge, die auch nur einen Schimmer sozialpolitischer Verständnisses zeigen, stets ab. Also das „Stadtblatt“ sollte den bürgerlichen Stadtverordneten beibringen, daß sie ihre Haltung nicht entgegengesetzt der des Stadtverordneten Schebs einrichten, sondern ein wenig eigene Ueberzeugung an den Tag legen.

Hieritz, 24. Mai. Die Gewerkschaftsbewegung macht gute Fortschritte und bemühen sich einzelne Organisationen, besonders die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den betreffenden Berufen zu verbessern, was hier besonders notat, da der Lohn und die Behandlung alles zu wünschen übrig lassen. Es sind auch bereits eine Anzahl Erfolge aufzuweisen, während man in einer Reihe von Betrieben mit dem Herren-Standpunkt der Unternehmer zu rechnen hat. Die Schuhmacher der Bielenerischen Fabrik erreichten erst die Bewilligung ihrer Forderung, aber auch nur teilweise, nach einem längeren Streit, die Handstuhmacher bei Alexander erzielten einige Zugeständnisse, nachdem sie die Sperre seit vier Monaten über die Fabrik verhängt hatten. Es zeigte sich bei diesem Kampfe, daß der Schornsteinverband auch bei den hiesigen Unternehmern Schule gemacht hat, indem in der Fabrik Alexander drei ältere Arbeiter, welche alle über 20 Jahre in dem Betriebe arbeiten, gekündigt wurden und sollte die Kündigung nur bei Aufhebung der Sperre zurückgenommen werden. Durch Verhandlungen im Beisein des Verbandsvorstehenden, Kollegen Riepe, im Berlin wurde eine Einigung erzielt, indem seitens der Firma für einige Arbeiter eine Zulage von 8 Prozent gewährt wurde, und seitens der Organisation die Sperre über die Fabrik aufgehoben wurde. Bemerkenswert hier noch, daß es in diesem Falle galt die verlorene Position von 1902 zurückzugewinnen, damals fand eine Reduzierung der Arbeitskräfte um 12 bis 20 Prozent statt, der Abwehler ging damals verloren und auch jetzt gelang es nicht, das alte Ziel zu erreichen. Die Korbmacher der Kinderwagenfabrik F. Konrad hatten auch Lohnforderungen gestellt. Als Antwort hierauf entließ der Unternehmer zwei Korbmacher, von denen einer schon 11 Jahre in der Fabrik arbeitet. Die Forderungen forderten die Korbmacher.

die Parthnahme der Entlassung und als diese seitens der Firma abgelehnt wurde, legten am 22. d. M. hiesige Korbmacher — 30 an der Zahl — die Arbeit nieder. In diesem Betriebe befinden sich Arbeiter in einer schwierigen Situation, indem ihnen bei schlechtem Geschäftsgang die gewonnenen Positionen fast regelmäßig verloren gehen, nur bei besserem Geschäftsgang durch eine geschlossene Organisation das Verlorene wiedergewonnen können. Die Beteiligten sind nämlich im Holzarbeiterverbande organisiert. Wie der — fern-stätige! — „Reiniger Anzeiger“ über diese Bewegung urteilt, geht folgender Bericht:

Arbeitsniederlegung. Am Sonntag war ein hiesiger Fabrikbesitzer gendlich, zwei Arbeiter zu entlassen, weil er keine Arbeit mehr für sie hatte. Sofort erklärten die übrigen Arbeiter, daß sie mit dieser Entlassung nicht einverstanden seien und bei Weigerung der Wiederannahme der Entlassenen die Arbeit niederlegen würden. Da der Arbeitgeber jedoch auf ihre Forderung nicht einging, legten gestern Mittag alle Arbeiter, einige zwanzig Mann, die Arbeit nieder.

Der Terrorismus, den in dieser Weise sozialdemokratische Arbeiter ausüben, wird immer unerträglicher. So lassen sich die bürgerlichen Zeitungen über den Kampf der Arbeiter um Anerkennung ihrer Rechte aus. Das dort eine Lohnbewegung sich vollzieht und die Entlassung eine Maßregelung darstellt, weiß man nicht, aber hat man das mit Abficht überleben? Vielleicht gibt uns der Anzeiger hierüber Aufschluß. Doch auf den Schluß wollen wir die hiesigen Arbeiter und im besonderen die Organisierten aufmerksam machen. Wenn die Arbeiter bei der Festslegung des Arbeitsvertrages ein Mitbestimmungsrecht beanspruchen und der Arbeitgeber wirt einfach die Vertreterdienste der Arbeiter hinaus, so ist das ganz selbstverständlich sein „Recht im Hause“ und verflucht durchaus nicht gegen die guten Sitten; nach Anweisung des echt freimüthigen Anzeiger-Medalleter's, wenn aber die Arbeiter sich das nicht gefallen lassen und nun die Arbeit niederlegen, so ist das unerträglicher Terrorismus, obgleich die freimüthige Volkspartei für die Erhaltung des Koalitionsrechtes der Arbeiter im Parlament eintritt, aber auch nur dort, denn wie vorstehendes zeigt, sind sie in der Praxis Gerner des Koalitionsrechtes. Doch die organisierte Arbeiterkraft von hiermit soll sich das sehr wohl merken, und seine Blätter mehr unterstützen, welche die gesetzlichen Rechte der Arbeiter zu verunglimpfen und die Arbeiterkraft überall bekämpfen, wenn sie sich auf gezieltem Wege bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen will. Organisierte Arbeiter und Arbeiterfrauen, fert mit Zeitungen aus Eurer Wohnung, welche nur Eure Rechte und Forderungen bekämpfen und verfechten, obwohl eine Arbeiterzeitung, denn diese unterstüzt und fördert Eurer Interessen an jeder Zeit, deshalb sollte sie auch bei jeder Arbeiterfamilie zu finden sein.

Hieritz, 23. Mai. Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich vor der Strafammer der Lautecker Josef Herrmann aus Naumburg a. D. zu verantworten. Der in Haft befindliche Angeklagte ist österreichischer Nationalität und hatte vor einiger Zeit in Naumburg, wo er bei einem Maurermeister in Stellung ist, zuerst im Gasthause, dann im Polizeibureau, wohin man ihn überführte, und in der Untersuchungshaft Äußerungen gegen den deutschen Kaiser ausgesprochen. Da man im Laufe der Untersuchung Zweifel an der geistigen Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten empfand, so wurde jezt auf Antrag des Staatsanwalts Dr. Zestle beschlossen, den Angeklagten in einer Irrenanstalt auf seinen geistigen Zustand hin untersuchen zu lassen.

Leine provinzielle Nachrichten.

In Schwanau, Kreis Falkenstein, verunglückte tödlich der Dachdecker Albert Heinrich. Er stürzte an einem dortigen Gebäude Reparaturarbeiten aus und stürzte von dem Dach ab. Er fiel in eine Pannegrube, aus der er sich nicht befreien konnte, und fand den Tod. — Ueber den am Dienstag in Weinersdorf bei Marzissa a. D. verübten Mord und Selbstmord ist noch folgendes zu berichten: Der 23 Jahre alte Fabrikarbeiter Kröger dort halte schon längere Zeit ein Liebesverhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Jezt fing er ein neues Verhältnis mit der 19 Jahre alten Leier an. Am Montag Abend begab er sich in das Haus ihrer Eltern. Während der Nacht erschoss er in einer Vorkammer seine Geliebte und darauf sich selbst. Ob er im Todesküß mit dem Mädchen gehandelt, dürfte wohl unangeführt bleiben. — In Ratibor verlegte der Schneider K. beim Rasieren einen Auswuchs der Gesichtshaut. Nach kurzer Zeit trat eine heftige Entzündung hinzu, die ihn zum Arzt trieb, der aber nicht helfen konnte. Eine auswärtige Klinik lehnte eine Behandlung ab; es war zu spät. Den sicheren Tod vor Augen trat der Mann die Rückreise an und farb bald darauf. — Der 42jährige Tischlergeselle Eduard Huber wurde von der Strafammer wegen eines Stillschleppersverbrechens, begangen an einem 14jährigen Mädchen, zu zwei Jahren Zuchthaus, Strafbuß von drei Jahren und Polizeiaufsicht verurteilt. — Am 29. d. Mis. geriet auf der zwischen dem Staatsbahnhofe und der Stadt liegenden Strecke der Kleinbahn Krotzschin — Pöschken ein mit Stroh beladener offener Güterwagen durch Funkenausbruch der eigenen Lokomotive in Brand. Trotz alldaliger Löschkräfte verbrannte die ganze Ladung und der Wagen bis auf die Eisenbleche. — Ueber einen Unfall mit tödlichem Ausgang wird aus Gora, Kreis Jaroschitz, berichtet: Vor einem Automobil, welches auf der Chaussee von Jaroschitz herkam, stürzte die Wende eines Gsparnes des Gutes Brzoznow. Der 15jährige Knacht verlor die Gewalt über die Tiere und geriet unter feuchten Ackerwagen, wobei er den Tod fand. — Am 25. d. Mis. brannte in dem dicht bei Rawitz liegenden Orte Wilhelmstreu eine dem Dampfzugmaschinenbesitzer Waite gehörende große Scheune, welche mit Stroh gefüllt war, nieder. Die Feuerwehr konnte nur die gefährdeten Nachbarhäuser retten. Die Entschungursache des Scheunefeuers ist noch unbekannt.

Neueste Nachrichten.

Gewerkschaftskongress.

Am Mittwoch Nachmittag trat aus Korreferent für Arbeiterkammern ein, die er vom Standpunkt einer Klassenvertretung fordere. Die Mehrzahl der Diskussionsredner am Donnerstag Vormittag ist auf seiner Seite, außer den Metallarbeiter-Vertretern Koenig und Reichel. Die Annahme der Gegenseite ist in namentlicher Abstimmung ist Freitag wohl sicher, wenn auch die Stimmen von mehr als 200.000 Metallarbeitern stark in die Waagschale zu Gunsten Schliches fallen.

Der Freitag wird der große Tag des Kongresses sein, an dem entschieden wird über die Fragen: Arbeiter- oder Arbeitskammern, Manifeft und Generalkonferenz.

Die Russenflotte.

„Daily Mail“ meldet aus Schanghai: Sieben Kreuzer der russischen freiwilligen Flotte ankerten nach Dunkelwerden außerhalb von Waiung (an der Mündung des Yangtsiang) ohne die üblichen Signale zu geben. Die Ankunft der Schiffe rief eine beträchtliche Ueberrschung hervor, obgleich große Vorräte für die russische Flotte schon seit langer Zeit hier lagen.

	25. u. 26. Mat.	Machm. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Rohwärme (C.)	+ 13.0	+ 10.8	+ 10.8	+ 10.6
Luftried bei 6' (mm)	760.5	751.4		753.3
Dunstfied (mm)	3.6	5.1		5.8
Dunstfättigkeit (pCl.)	92	83		61
Wind (10-12)	NO 2	NO 2		NO 2
Wetter	bewölkt.	bedeckt.		bedeckt.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik: „Lokales und Provinzielles“ und die Inserate: Franz Mühs; — für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt“ Paul Böde. Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlags von Oskar Schütz; — Druck von Th. Schachtel G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Anstalt: Areslau. — **10. Interim 1. Weilage.**

Sozialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

Montag, den 29. Mai, abends 8 Uhr spricht im großen Saale des Gewerkschaftshauses

Reichstagsabg. Eduard Bernstein über den politischen Massenstreik.

Eintritt frei! Frauen haben im Segment Zutritt.

Der Vorstand.

Freie Religions-Gemeinde. 1318
Das Mitglied Herr **Karl Nitschke** ist gestorben.
Beerdigung Sonntag vormittag 11 Uhr vom Allerheiligen-
Spital aus nach dem Freireligiösen Friedhof. Der Vorstand.

Pöbe-Theater.

Freitag:
Waffel
des Wiener Ensembles.
Alexander Girardi
und Auftreten
Mila Theren:
„Der Verschwenker.“
Sonnabend:
Waffel
Alexander Girardi
und Auftreten
Mila Theren:
„Er und seine Schwäger.“
Billetverkauf täglich von
10 bis 2 Uhr im Kassentur des
Stadt-Theaters.

Wichtig!!

für Möbelkäufer.
Gute reelle in eign. Werkst. an-
gef. Möbel. Stuhl. Sch. 55, die.
Vertico 50, gefchl. Trum. 45,
Stuhl. Büffel 120, die. gefchl.
Schreibt. 75, Bancelsofa 80,
Divo. 28, Reist. m. Matr. 30,
Tisch 10, Stuhl 3,50, Kücher-
Einrichtungen jeder Preisl.
J. Zwolanowski,
Tischlermeister, 1311
Matthiasstraße Nr. 110.

Achtung! Achtung!

Malen, Lackieren u. Anstreichen.

Sonntag, den 28. Mai,
nachmittags 4 Uhr: 1315

Grosse öffentliche Versammlung

im Saale des Gewerkschaftshauses
(Margaretenstrasse 17).

Frauen sind eingeladen.

Wer nicht probiert,

kennt den Unterschied u. den Vorteil nicht finden. Sochelegante
f. infizierende Herren-Garderobe hier. zu den äusserst billigen Preisen
Wilhelm Schroll, Inhaber: Franz Lorenz,
Taschenstraße 29/31.
Für Waqbestellungen bietet das Tuchlager die denkbar grösste
Auswahl. 1310

Täglich frisches

Jungbier

verkauft 1316
H. Laufer, Michacisstraße Nr. 2.

Wer billig und gut kaufen will decke seinen Bedarf in Damen-Putz

Herrn-, Knaben- u. Mädchen-Ströhüten, Handschuhen, Krawatten
Spazierstöcken, Kragen, Chemisets, Taschentüchern u. s. w.
Rucksäcke, Pisknickrollen, Radauflöten

Haus- und Küchengeräte

Im 1317
Warenhaus Auguste Schulz
Friedrich-Wilhelmstrasse 75.

Sommer-Theater

(Liedlich's Etablissement)
Sonnabend, der 27. 1316
„Drei Tage in
Schliersee.“
Anfang 8 Uhr.
Im Saale
Horschler.

Gute Speisekartoffeln
5 Vier 30 Pf.
Neumarkt 22, Hof.

Strohüte neueste Moden

Weil-

Fahrräder haben sich durch
jährelange Proben am besten
bewährt



Im Gebrauch unverwüsth!
Das beliebteste Rad am Platz!
Seht sehr billige Preise!
Grösste Auswahl! 1310
Ferner empfehle:

Elite-Räder 65,00
von Mk.
an mit Latern, Glöde,
1 Jahr Garantie.

Pneumatik, Zubehörteile,
Reparaturen staunend billig.
Katalog gratis und franko.

Max Int. Hoffmann

Friedrich-Wilhelmstrasse 75
vis-à-vis Deutscher Kaiser
empfehlen wir ein assortiertes Lager von
Sonnen- und Regenschirmen,
Krawatten, Herrenwäsche und Handschuhe
zu bekannt billigsten Preisen. 1313
Dieses Lager von Neubeiten.

Wollen Sie

die besten Herren- und Damen-
Anzüge zu billigen Preisen?
In Waldenburg, am 2. u. 3. Mai, hat die
Herrmanns-Handlung in Waldenburg,
Anzugfabrik, Wallstr. 17a II, 1318
am Sonntag von 11 bis 2 Uhr.

Beste Partiewaren größte Auswahl.

Herrenstoffen,
Damenkleidern,
Knaben- und Sommerkleidern und
Büchsen, Sommer, Gardinen u. s. w.
In der Beschaudung von
Seraphine Scholz,
Waldenburg, Gottesbergerstr. 2.
Freitag abends 8 Uhr.

Praktische Herren

achten beim Einkauf von Herren-Garderobe auf reellen Stoff, vorzüglichen Sitz und
gediegene Arbeit. Alle diese Vorzüge in Bezug auf reellste Ausführung bietet
mein grosses Lager von Herren- und Knaben-Garderobe und empfehle solche nach-
stehend zu folgenden Preisen:

Frühjahrs-Anzüge
in herrlichen Farben, von Mk. 14 an

Knaben-Anzüge in aller erdenk-
lichen Farben und Stoffen von Mk. 2.50 an

Frühjahrs-Überzieher
in b. ch. l. Form, von Mk. 13 an

Bestellungen nach Mass.
Hauptspecialität meiner Firma, werden im
eigenen Atelier in bekannt vornehmer Aus-
führung zu sehr zivilen Preisen ausgeführt.

Beinkleider in eleganten
Schnitten oder Karos von Mk. 3.50 an

Radfahrer-, Automobil- u. Livree-Anzüge mit
Laternen

L. Prager, Breslau, Albrechtsstr. 51,
Ecke Schuhbrücke.

Arbeiter

wenn Ihr gut und billig Euern Bedarf in **sämtlichen**
Gebrauchsartikeln decken wollt, so kommt nur zu

W. Rahmer, Waldenburg,
Gottesberg — Charlottenbrunn. 1143

Th. Giersdorf
empfiehlt den verehrten Abnehmern seine
Röstkaffees
hervorragend in Qualität; ferner Zucker, Tee, Kakao,
Schokoladen, Weine und Zigarren, sowie alle übrigen
Artikel der Kolonialwarenbranche zu aussergewöhnlich
billigen Preisen. 1312

Th. Giersdorf
Breslau, Blücherstrasse 21, am Waterlooplatz.
Filialen: Moltkestrasse 1a, Enderstrasse 9, Matthias-
strasse 135 und 185, Hirschstrasse 85, Weinstrasse 88.

Zigarren!

Bei Deckung des Bedarfs von Zigarren und Zigaretten
erfuche ich Freunde und Parteigenossen mein Zigarren-Spezial-
geschäft zu berücksichtigen.

Oskar Hoffmann, 1307
Kägelohle Nr. 3, 2. Haus von der Ohlauerstrasse.

Ludwig Herz
Breslau, Blücherplatz 4,
Schuhwarenhaus grössten Styls.
Auszug aus meiner neuesten Preisliste.

Ludwig Herz

Herren-Schnürstiefel feines Chevreaulleder	9.50 M.
Herren-Schnürstiefel prima Boxkallbläder, sehr beliebt	10.50 M.
Herren-Schnürstiefel echt braun oder rot Ziegenleder, beliebter Promenadenstiefel	8.50 M.
Herren-Triumph-Schnallenstiefel Ia Chevreaux, d. Beste f. empfindl. Füsse	12.00 M.
Herren-Triumph-Schnallenstiefel feines Wchslleder „Handarbeit“, federl.	8.50 M.
Herren-Zugstiefel bestes Spiegelloeder, aus einem Stück, vorzüglicher Uniformstiefel	8.00 M.
Damen-Knopf- und Schnürstiefel feines Chev.- oder Boxkallbläder	7.50 M.
Damen-Knopf- und Schnürstiefel Ia, Chevreaux auch mit Lackkappe	10.00 M.
Damen-Knopf- und Schnürstiefel echt braun, beige oder rot Ziegenleder	7.50 M.
Damen-Schnürstiefel braun Chev., elegant, Promenadenstiefel	10.00 M.
Damen-Schnürstiefel in weiss, schwarz, grau, beige, braun	4.50 bis 6.50 M.
Damen-Knopf- und Schnürschuhe schwarz oder farbig Leder	3.50 M.
Damen-Schnürschuhe schwarz oder farbig Segelstoff	2.25 bis 3.50 M.
Damen-Spangenschuhe schwarz oder farbig	3.00 M.
Lawn-Tennisschuhe mit sehr haltbaren Chromsolten, nicht Gummisohlen	3.50 M.
Knaben- und Mädchen-Stiefel schwarz Boxkall- oder farbig Ziegenleder	5.50 M.
Knaben- und Mädchen-Sandalen braun oder rot Rindleder	2.75 M.
Kinder-Segelstuchschuhe melirige	1.25 M.
hohe	1.50 bis 2.75 M.

Verlangen Sie neue illustr. Preisliste.

Ludwig Herz

5. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Köln, 24. Mai 1906.

Dritter Verhandlungstag.

Verhandelt wird über

Gewerkschaften und Genossenschaften.

Abg. v. Elm: Gegenüber keiner Bewegung sind in Deutschland so schwere Fehler begangen worden, wie gegen die Genossenschaftsbewegung. Es galt als Prinzipienverrat, für sie einzutreten. Sogar hatte man von den übertriebenen Hoffnungen des Schulz-Delisch gewarnt und niemals erklärt, daß die Arbeiter überhaupt keinen Nutzen von den Konsumvereinen hätten. Aber sein Wort wurde anders ausgelegt. Es blieb so bis Hannover, wo die Genossenschaftsbewegung endlich Anerkennung fand. Man hatte sie zunächst ganz dem Bürgerlichen überlassen. Da jedoch sie nicht, die Konsumvereine Deutschlands hatten im Jahre 1873 erst 87.500 Mitglieder. Von 1873 bis 1886 herrschte völlige Stagnation. In diesen 13 Jahren wuchsen die Konsumvereine nur auf 144.000 Mitglieder. Erst nach 1886 begannen die Arbeiter sich allmählich für die Konsumvereine zu interessieren. Zunächst freilich nur vom allgemeinen materiellen Standpunkt aus, so daß in der ersten Periode die Dividende die Hauptrolle spielte.

Die jahrzehntelange Vernachlässigung der Bewegung durch die Gewerkschaften und die Partei rächte sich bitter. Die Dividendenfrage ergab die schlimmsten Resultate und die Interessen der Angehörigen wurde mit Füßen getreten. Statt belehrend zu wirken, tabelte die Arbeiterpresse diese Auswüchse nur und machte Stimmung gegen die Konsumvereine. Ein Teil unserer Presse handelt heute noch nach dieser Methode. Wer höheren Zielen in der Genossenschaftsbewegung nachstrebt als der Dividende, gilt eben nicht für ganz prinzipienrein. In e. Konsumverein Leipzig-Connenitz durch die Erzb. Dividendenfrage, den Reichstern und die Möglichkeit einer Verwaltung zu Grunde ging, wurde von einem Teil unserer Presse gegen die Konsumvereine mobil gemacht. Statt dessen sollte man den Arbeitern lieber sagen, daß sie von den Konsumvereinen nicht hohe Dividenden verlangen sollten, sondern ihnen zeigen, womit sie ihre Position im Kampfe gegen den Kapitalismus endlich stärken können. Jetzt haben die Konsumvereine circa 1.100.000 Mitglieder und einen Umsatz von 250 Millionen Mark jährlich. An Mitgliedsbeiträgen gewähren sie 20 Millionen Mark. Noch aber fehlt es an der Erkenntnis, daß die Organisation des Konsums ein Wichtiges Mittel für das Proletariat nicht nur als Konsument, sondern auch als Produzent darstellt. Wenn die Arbeiter wollen, können sie die Produkte ausschließen, die in Zuckrüben, Straußentrieben und in der Hausindustrie hergestellt zu erheblichen Preisen zu haben sind. Aber es fehlt noch an diesem einheitlichen Willen. Ihn zu schaffen ist

Aufgabe der genossenschaftlichen Erziehung.

Die Dividendenfrage verhielt vor allem die Arbeiter daran, dort gerecht zu handeln, wo sie selbst als Arbeitgeber in Frage kommen, den eigenen Arbeitern und Angestellten gegenüber. Ihre Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Angehörigen der Konsumvereine besteht nicht. Der Nedner hat selber Erhebungen bei 50 Vereinen angestellt, die 1500 männliche und 1600 weibliche Angestellte beschäftigen. 35 von ihnen bezahlen die vollen Beiträge für die Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung. Nur vier haben das Sonntagsgeld für kurze Zeit die Väden auf. 47 Vereine haben den Achtstundentag für fünf Wochentage eingeführt.

Eine Statistik des Lagerhalterverbandes ergibt, daß 50 Proz. der Betriebe den Achtstundentag eingeführt, daß 50 Proz. der Genossenschaftsangehörigen von der Sonntagsarbeit befreit sind und 40 Proz. von ihnen eine Woche Ferien unter voller Fortzahlung des Lohnes haben. Die Löhne sind durchweg höher als in der Privatindustrie. Ausnahmen kommen nur in solchen Orten vor, wo auch die genossenschaftliche Bewegung zurückgefallen ist. In zwei Vereinen besteht die Einrichtung, daß die Lagerhalter 2 resp. 3 Proz. vom Umsatz erhalten und dafür die Verkäufer selbst bezahlen. Die geringeren Löhne werden dort gezahlt, wo die Mitglieder die höchsten Dividenden erhalten. (Hört! hört!) Ein Verein gibt 15 Proz. Dividende und zahlt seinen Lagerhaltern 55,66 Mark monatlich. (Hört, hört!) Ein anderer Verein zahlt noch höhere Dividende und gibt dem Lagerhalter 15 Mark wöchentlich bei einer Arbeitszeit von 6 bis 9 Uhr im Sommer und von 7 bis 9 Uhr im Winter. (Hört, hört!) Wo die Arbeiter als Arbeitgeber auftreten, sollten sie ihren Arbeitgebern ein besseres Beispiel geben. (Sehr richtig!)

Nedner bezieht dann den auf dem letzten Genossenschaftstag geschickerten Bericht, mit dem Verbande der Handels- und Transportarbeiter einen Tarifvertrag abzuschließen. Bei gutem Willen wird sich ein solcher Tarif noch ermöglichen lassen. Ebenfalls werden die Handels- und Transportarbeiter ein Loch

zurückstecken müssen. So ist im Tarif mit den Banarbeitern eine Woche Ferien vereinbart worden, die Transportarbeiter aber beanspruchen 14 Tage u.

Es kann nicht im Interesse der Gewerkschaftsbewegung liegen, einen zu großen Abstand zwischen den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Arbeiter in den Konsumvereinen und denen der übrigen Arbeiterklasse zu schaffen. Nedner hofft, daß es in Stuttgart zu einer Verknüpfung kommen wird. Eine Vorbekämpfung hier wird den Boden ebnen. Für die Bäcker hat sich der Tarifvertrag mit den Konsumvereinen als von größter Bedeutung erwiesen. Von den Konsumvereinen ist zu verlangen, daß sie an das Solidaritätsgefühl der organisierten Arbeiterklasse appellieren und ihrerseits auch den Tarif durchführen. In den Konsumbäckereien mit dauerndem Betriebe ist die achtstündige Arbeitszeit durchzuführen. Nedner verweist weiter auf die Bedeutung, die die Schaffung genossenschaftlicher Konsumfähiger großer Betriebe durch die Konsumvereine für die Gewerkschaften haben kann. In der Eigenproduktion sind, selbst wenn man die an den Zentralverband nicht angeschlossenen Vereine mitrechnet, sicherlich nicht über 3000 Arbeiter beschäftigt. Das ist gegenüber den 43.000 Arbeitern, die in England in der Eigenproduktion der Konsumvereine beschäftigt sind, erst ein kleiner Anfang.

Die Errichtung einer genossenschaftlichen Seifenfabrik

In Allen ist im Interesse der privaten Industrie noch von der Regierung verhindert worden. Die deutschen Kleinbäcker, angeführt von einem Professor, der eine ungewöhnliche Ausnahme in diesem Sinne ist, kämpfen mit den schlimmsten Waffen gegen die Konsumvereine. Die Regierungen hindern hier und dort die Beamten, Staats- und Gemeindearbeiter, sich den Konsumvereinen anzuschließen, mag auch der frühere Staatsminister von Verleysch dieses Verwehren des Zuebes zur Selbsthilfe als im höchsten Grade gefährlich gebremst hat. Man kann nur helfen, wenn die organisierten Arbeiter ihre Pflicht erkennen im Kampfe zwischen der Genossenschaft und der Produktionsanarchie und sich auf Seiten der Genossenschaft stellen. Hier soll nicht das feste Verhältnis zwischen "sozialdemokratischen Gewerkschaften" und "sozialdemokratischen Konsumvereinen" geschlossen werden, wie Dr. Hans Götter schreibt. Es soll überhaupt keine Verbindung getroffen werden, aber im Geiste können die Gewerkschaften und Genossenschaften doch oft zusammenarbeiten. Die Gewerkschaften können dabei werden, daß alle Differenzen mit Genossenschaften von ihren Mitgliedern vor Schiedsgerichte gebracht werden. Die Gewerkschaften können und müssen die Dividendenfrage in den Konsumvereinen mit aller Entschiedenheit im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung bekämpfen. Die Anerkennung der Genossenschaften als dritte gleichberechtigte Waffe neben Partei und Gewerkschaften wird ein Markstein in der Geschichte der aufsteigenden Arbeiterbewegung sein. (Beifall)

Die vom Referenten vorgelegene Resolution wurden wir im Zusammenhang mit den übrigen Resolutionen später ab. Sie deckt sich natürlich mit den Ausführungen des Referenten.

In der Diskussion beantragte Altmann-Hamburg (Bäcker), im Interesse der Genossenschaftsbäcker keine Änderungen der Resolution.

Schulz-Berlin (Transportarbeiter) bittet mit Rücksicht auf den unsozialen Geist in vielen Genossenschaften, das Mißtrauen dieser Genossenschaften gegen die Gewerkschaften, die unliebhaften Mahner, die Verpflichtung der Genossenschaften stürker zu lassen und zwar so: "erstens, daß dieselben ihre Arbeitskräfte durch die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise zu beziehen haben, zweitens die gewerkschaftlichen Tarife und Forderungen allgemeinen Charakters anerkennen. Zur Schlichtung von etwaigen Differenzen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften soll, sofern es sich um rein bürgerliche Angelegenheiten handelt, ein von den bürgerlichen Mitgliedschaften der Gewerkschaften und der betreffenden Genossenschaften aus gleichen Teilen zusammengesetztes Schiedsgericht unter Vorsitz eines unparteiischen gebildet werden. Sofern es sich um Interessen zwischen einem Zentralverband und der Gesamtheit der Genossenschaften handelt, soll die Bildung eines Schiedsgerichts in gleicher Weise dem Zentralvorstand, dem Verband und dem Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine obliegen. Der Entscheid dieses Schiedsgerichts soll für beide Teile maßgebend sein und alle Weiterverhandlungen über diese Angelegenheit vor Fällung des Schiedspruchs sollen vermieden werden."

Sehrich Kaufmann-Hamburg vom Zentralverband deutscher Konsumvereine als Gast: Schon der Altoater der genossenschaftlichen Bewegung, Schulz-Delisch, hat gesagt: "Die Genossenschaft ist der Friede". Mit ihnen, die den zehnten Teil des gesamten deutschen Volkes betreiben, wollten wir schon in Frieden leben, wenn nicht noch obendrein unter den 500.000 deutschen Konsumvereinen 360.000 gewerbliche Arbeiter, meist Gewerkschaftler, wären. Je mehr die Gewerkschaften und die Genossenschaften Mitglieder haben, desto leichter wird sich das erwünschte friedliche Verständnis und ein freundliches Handinhandarbeiten herstellen lassen. Nedner bittet, die Re-

gelung des komplizierten Verhältnisses von Produktionsgenossenschaften und Konsumgenossenschaften aus der Resolution v. Elm überhaupt herauszulassen und bekämpft die beiden Zusatzanträge.

Auch Sitman-Hamburg (Schuhmacher) stellt sich auf den Standpunkt der unveränderten Resolution v. Elm. Er führt Klage über den Bezug von Schuhwaren durch die Konsumvereine aus Fabriken, die ihren Arbeitern das Koalitionsrecht rauben oder in Zuckrüben arbeiten lassen. Selbst die Annonce einer solchen Fabrik sei in der "Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" nicht unterbietet worden.

Töpfer-Hamburg (Banarbeiter) beschwert sich darüber, daß die Konsumvereine bei Errichtung von Bauten in den Submissionsbedingungen keine Rücksicht auf die Arbeiter nehmen. Der Nedner beschließt sich dann mit einer Kritik der "Leipziger Volkszeitung", die vom Geschäftsführer Johannes des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz herrührt. In ihr sei wahrheitswidrig behauptet, daß die Banarbeiter nur deshalb höhere Forderungen gestellt hätten, weil es sich um einen Bau des Konsumvereins gehandelt habe. Die von Elm in den "Sozialistischen Monatsheften" vertretene Ansicht, daß dies nicht geschehen dürfe, sei ja ganz selbstverständlich.

Stühmer-Berlin verteidigt durchweg die Resolution Elm, auch den Passus über die Produktionsgenossenschaften gegen Kaufmann. Stritz-Berlin führt bittere Klagen darüber, daß die Konsumvereine noch immer bei der Mühenleistung für Glasindustrie vorkommen. Friedrich Siemens in Dresden dankt.

Hähnel-Leipzig (Ackerhalter) bringt Beschwerden seiner Devisgenossen vor: Lange Arbeitszeit, geringe Löhne, Nichtleistung des 1. Mai und vor allem unzureichende Manufaktur.

Wlf-Göhring befragt sich über die Preisrückfälle in Konsumvereinen, die sie dazu führe, ihre Waren in Fabriken zu kaufen, die ihre Arbeiter bekräften.

Tepphoff-Hamburg (Kaufmann): Nach der Vergangenheit haben wir keine Garantie dafür, daß die Genossenschaften bei uns hier angebotenen Gegenstände übertrag imhalten werden. Eine Konsumgenossenschaft hat unseren Versuch, die kaufmännischen Angelegenheiten zu organisieren, mit dem Briefe beantwortet: "Wir verbitten uns Erzeugung von Unzufriedenheit unter unseren Angestellten." (Große Heiterkeit.) In dem Konsumverein, dem der größte Theoretiker der Genossenschaftsbewegung Kurs (Rufe: ei, ei!) vorsteht, wurde einer Verkäuferin 2000 Mk. Monatsgehalt monatlich gezahlt. Nach langem Kampf und Zeitungsverlüssen bekamen sie eine Gehaltsminderung von 5 Mk. monatlich durch. (Stürmische Heiterkeit.) Elm sagt, die Verkäuferinnen bekommen ein Gehalt bis zu 100 Mk. Ich möchte wissen, wo. (Vielsache Jurnse.) Ja, es gibt dieselche Papier, auf dem das steht. (Große Heiterkeit und Widerspruch.) Ich kenne keine Verkäuferin, die hundert Mark bekommt, aber ich möchte sie kennen lernen. (Erneute Heiterkeit.) Die Kaufleute werden ihr Gewerkschaftskampfmittel, die Entziehung von Kunden und Personal, auch gegen die Genossenschaften in Anwendung bringen. Daß sie das Recht dazu haben, hat auch ein - diesmal im Ernst gesprochen - ein großer Theoretiker der Genossenschaftsbewegung, Eduard Bernstein, anerkannt.

Lorenz-Hamburg (Gast von der Großkaufmann-Gesellschaft deutscher Konsumvereine) spricht seine Freude aus über das unerwartete große Interesse der Gewerkschaftler an den Genossenschaften. Die Bemerkung gegen die Konsumvereine seien vielfach nicht unberechtigt (Hört, hört!), aber sie rühren teilweise auch aus Unkenntnis der Verhältnisse her. Schon vor einiger Zeit, als noch die Genossenschaft als Prinzipienverrat und Dummheit galt, haben wir auf eine Besserung der Lage der Arbeiter in den Konsumvereinen hingewirkt. Aber man darf auch nicht zu viel verlangen. Ein Vorpostil von Fabrikanten durch die Konsumvereine ist bei ihrer schwachen Kaufkraft oft unmöglich.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Resten teilt mit, daß Sachle zu den Beratungen der Verlagskammer in Reichstag nach Berlin hat abreisen müssen. Als Gäste wohnen der Verhandlung Gewerkschaftssekretär Bach und Gewerkschaftssekretär Dr. Brandes bei. Die Mittagspause tritt ein.

In der Nachmittagssitzung erhält das Schlußwort

der Referent Reichstagsabgeordneter v. Elm.

Er bittet, sämtliche Zusatzanträge abzulehnen. Zur Begründung führt er aus: Schlicht selbst hat gesagt, er wolle nicht verlangen, alle Angestellten aus ihren Reihen zu nehmen. Aber er verliert dem Kongress zu, zu beschließen, daß die Genossenschaften nur durch den Arbeitsnachweis der betreffenden Organisations Arbeiterkräfte beziehen dürfen. Damit wäre jede Möglichkeit der Anstellung Gewerkschaftler ausgeschlossen. (Sehr wahr!) Auch besteht nicht in allen Gewerben ein gut funktionierender gewerkschaftlicher Arbeitsnachweis. Wenn in einzelnen Berufen ein solcher besteht, kann der

Das Geheimnis des Arztes.

Der Arzt hat die Pflicht, über die Krankheiten seiner Patienten jedermann gegenüber zu schweigen. Kann es davon eine Ausnahme geben? Kann aus der Schweigepflicht unter Umständen eine Redepflicht werden? Oder muß durchweg beim Bruch des ärztlichen Amtsgeheimnisses von einer "unbefugten" Offenbarung von Privatangelegenheiten geredet werden? Diese für die Ärzte wie für das Publikum hochwichtige Frage hat das Reichsgericht beschäftigt. Es wird darüber auf Leipzig berichtet:

Vom Landgericht I in Berlin war am 8. Februar der Arzt Dr. med. Hans Peninsohn wegen unbefugter Offenbarung von Privatangelegenheiten und Verleumdung zu einer Geldstrafe von 25 Mk. verurteilt worden. Es handelte sich um die Mitteilung der Takfasse, daß eine Person syphilitisch krank sei, an eine andere Person in der Abicht, diese zweite Person zu warnen und vor Schaden zu bewahren. In der Beside ist schon vielfach das Bedauern darüber geäußert worden, daß ein Arzt durch den § 300, der die unbefugte Offenbarung solcher Privatangelegenheiten unter Strafe stellt, verhindert sein soll, namentlich Unglück zu verhüten.

Das Reichsgericht hat nun auf die Revision des Angeklagten das Urteil aufgehoben und die Sache an das Landgericht II in Berlin verwiesen.

In der Begründung wurde ausgeführt, die Schweigepflicht des § 300 ist nicht, wie die Vorinstanz meinte, eine absolute. Das Gesetz scheidet vielmehr, da es nur eine unbefugte Offenbarung mit Strafe bedroht, eine befugte Offenbarung vor, ohne diese Befugnis nach irgend einer Richtung einzuschränken; sie könne mithin durch eine andere Berufspflicht gegeben sein. Es wäre von der Vorinstanz zu erwägen gewesen, ob es nicht aus gewissenhaften Rücksichten der Verurteilungspflicht des Angeklagten gehörte, seine Patienten, denen eine Gefahr der Ansteckung drohte, zu warnen. Wenn aber der Arzt die erforderliche Warnung nur unter Verletzung der einem anderen Patienten gegenüber gebotenen Schweigepflicht ausführen könnte, so könne er in Ausübung einer Berufspflicht gehandelt haben, indem er seiner Warnungspflicht nachkam. Es würde dann keine unbefugte Offenbarung eines fremden Geheimnisses vorliegen, wenn wirklich nach der konkreten Sachlage eine Mitteilung über die syphilitische Erkrankung geboten war, um der Warnungspflicht gehörig nachzukommen.

Auch die Beurteilung wegen Verleumdung nach § 186 war nicht anzuerkennen. Die Vorinstanz hat nicht genügend berücksichtigt, daß, wenn der Angeklagte sich für verpflichtet hielt, die andere Person zu warnen, er deren Interessen wahrnahm. Diese konnten nicht dadurch unberechtigt werden, daß sie mit anderen berechtigten Interessen kollidierten.

Wichtig: Wo es sich darum handelt, einen gesunden Menschen vor der Annahme mit einer verderblichen Krankheit zu schützen, da

wird aus der ärztlichen Pflicht des Schweigens eine Pflicht des Redens, des Warnens.

Aus aller Welt.

Selbstmord zweier Offiziere. In Schleifstadt erschoss sich der Garnisonverwaltungs-Inspektor Oberstleutnant A. D. Leubke im Gartenhäuschen des Reserviergartens. - Von der R., ein deutscher Offizier, hatte in Erwartung einer reichen Erbschaft in Paris festsitzend gelebt. Als auf seinen Erbschaft nur 65.000 Mark entfielen, sah er sich außer Stande, damit seine Schulden zu bezahlen und legte sich in einem Hotel der Rue Saint-Martin eine Kugel in die Brust.

Die Liebhabergasse der Großherzogin. Das Inserat einer Weimarer Zeitung: "Einige schöne Toiletten von der hochseligen Frau Großherzogin stehen zum Verkauf", hat eine ehemalige Kammergasse der verstorbenen Fürstin ausgegeben. Die Gasse hat sofort ihre Wohnung im Schloß räumen müssen; auch sollen weitere Schritte gegen sie bevorstehen. Sie war die Liebhabergasse der Großherzogin. Da sie der verstorbenen Fürstin in ihrer äußeren Erscheinung sehr ähnlich war, soll sie einen großen Teil der Garderobe erhalten haben. Der Wert der ihr zugefallenen Garderobe soll 15.000 Mark betragen.

Tod in den Stämmen. In Offenbach brannten die Gebäude eines Fabrikgeschäfts nieder. Hierbei kamen zwei Frauen und drei Kinder ums Leben, ein Feuerwehmann wurde schwer verletzt.

Zug zur Teufelung. Auf der im Dau befindlichen Kleinbahn Speyer-Ginsheim ist heute früh ein Materialzug entgleist. Soweit festgestellt, ist eine Person hierbei getötet worden.

Vergammes Tod. Die "Frankfurter Zeitung" meldet aus St. Johann: Auf der Grube Luisenthal wurden durch schlauernde Wetter ein Bergmann getötet, vier durch giftige Gase schwer verletzt.

Ein betrügerischer Rektor. In dem Betrugprozeß gegen den Gemeindevorstand Herr Karl Hergelbalt konnte die Beweisführung schnell zu Ende geführt werden. Trotz des geradezu erschütternden Schuldbeweises leugnete der Angeklagte, "ger" welche fälsche Verästelungen gemacht zu haben. Staatsanwaltschafts-Rat Krüger beantragte mit Rücksicht darauf, daß er eine große Anzahl einfacher Leute in der schlimmsten Art betrogen habe, eine Gefängnisstrafe von einem Jahre, sowie 3 Jahre Ehrverlust. Das Gericht hat sich jedoch in Anbetracht, daß der Angeklagte in seiner Stellung als Rektor in geradezu unaußersichtlicher Weise gegen Treu und Glauben verfahren habe, über die beantragte Strafe hinweg und erkannt auf 3 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Zugleich wurde der Angeklagte wegen Fluchtverdachts sofort verhaftet.

Unglücksbotschaften aus Indien. Die Londoner Abendblätter erhalten ein Telegramm aus Lahore, nach welchem bei einem Zusammen-

Stoß in Mandeb einige der bei dem letzten Erdbeben von den Geflüchteten gebauten Hütten vom Blitz getroffen und 23 Personen getötet worden sind. - Weiter melden die Blätter aus Lahore, daß unter den Truppen in Rawalpindi die Pest ausgebrochen ist. Bisher wurden 3 Fälle konstatiert.

Beim Bleischießen verunfallte auf dem Truppenübungsplatz Gruppe in Westpreußen die Grenadiere Feine und Geiba vom Grenadier-Regiment 6. Sie fanden einen Glücksfänger, den sie trotz des Verbotes mit Streichhölzern zur Entzündung brachten. Bei der Explosion erlitt Feine schwere Spaltenverletzungen am linken Auge und an beiden Händen, Geiba die Hände zertrümmert und einige Fingerglieder abgerissen.

Leiche von Kotorin. Die beiden Ärzte, die von der Gerichtsbehörde in Paris mit der Untersuchung des Geisteszustandes der Prinzessin Luile von Koburg betraut waren, ermittelten einen Bericht, dessen Schlusssätze für die Prinzessin durchaus günstig sind.

Einer entsetzlichen Wutthat ist Mittwoch früh die Fabrikarbeiterin Knubben in Lachen zum Opfer gefallen. Das 18jährige Mädchen wurde von einem jungen Mann namens Gronschild durch 4 Revolverkugeln niedergestreckt. Als Grund verriet man verschämte Liebe. Gronschild hat sich bereits der Behörde gestellt.

33 Wohnhäuser wurden durch ein Großfeuer im Dorfe Reahof in Pommern zerstört. Nur drei Häuser des ganzen Dorfes blieben vom Feuer verschont. Bisher ist es noch nicht gelungen, die Entstehung des Brandes aufzuklären.

Litteratur.

Kingschriften des Bundes Heimatschutz. Paul Schulz-Naumburg, Die Entstellung unseres Landes. Preis 80 Pf. Verlag von Gebauer-Schwesbke, Druckerei und Verlags, Halle a. S.

Das ist ein sehr lesenswertes oder richtiger lesenswertes Gefäch, denn es enthält 71 Abbildungen, die uns zeigen, wie weit wir mit unserer modernen Kultur, mit unserem modernen Baustil in der Entstellung unseres Landes gekommen sind. Häuser, Gärten, Wege, ganze Städtebilder verlieren nach und nach ihren ursprünglichen Charakter, ihre charakteristische Gestalt, um dem kollektiven nichtstimmigen äußerlichen Schmuck der Neuzeit Platz zu machen. Eine geistige Oede geht von dieser neuen Kultur aus und erstreckt sich im Verhältnisse der Heimatschutz und Anstaltlichkeit an seine Umgebungen. Wer das Buch mit Bedacht durchblättert, der lernt nicht nur unterscheiden zwischen dem Alten, das verdient erhalten zu bleiben und dem Neuen, das verdient, so schnell wie möglich verfallen zu werden. Die zahlreichen Abbildungen sind auch technisch vorzüglich.

Leistung, den Raum zu seiner Verwendung konstatieren. ...

Verständigung freundschaftlichen Charakters

heutigen Tagen, aber nicht mit Hilfe eines Beschlusses vom Gewerkschaftsrat. ...

Über die Gewerkschaften verhandelt noch mehr.

Es sollte alles an ... mehr als anders. ...

Wen besser bezahlt als in den Privatbetrieben.

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Wann besser bezahlt als in den Privatbetrieben.

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Wann besser bezahlt als in den Privatbetrieben.

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Wann besser bezahlt als in den Privatbetrieben.

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Wann besser bezahlt als in den Privatbetrieben.

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Wann besser bezahlt als in den Privatbetrieben.

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Wann besser bezahlt als in den Privatbetrieben.

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Wann besser bezahlt als in den Privatbetrieben.

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Wann besser bezahlt als in den Privatbetrieben.

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Wann besser bezahlt als in den Privatbetrieben. ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Die Arbeiter in den ... Privatbetrieben ...

Deutscher Reichstag.

192. Sitzung, vom Donnerstag, 25. Mai, Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Stübel.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die 2. Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend

Übernahme einer Reichsgarantie für die Eisenbahn

von Tuda nach den Manengubergegen (Kamerun).

Abg. Lebedour (Soj.): Diese Vorlage sieht allerdings den

Ein Bundesratsitz: Dr. Stübel.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die 2. Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend

Übernahme einer Reichsgarantie für die Eisenbahn

von Tuda nach den Manengubergegen (Kamerun).

Abg. Lebedour (Soj.): Diese Vorlage sieht allerdings den

Ein Bundesratsitz: Dr. Stübel.

Abg. Lebedour (Soj.): Diese Vorlage sieht allerdings den

Ein Bundesratsitz: Dr. Stübel.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die 2. Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend

Übernahme einer Reichsgarantie für die Eisenbahn

von Tuda nach den Manengubergegen (Kamerun).

Abg. Lebedour (Soj.): Diese Vorlage sieht allerdings den

Ein Bundesratsitz: Dr. Stübel.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die 2. Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend

Übernahme einer Reichsgarantie für die Eisenbahn

von Tuda nach den Manengubergegen (Kamerun).

Abg. Lebedour (Soj.): Diese Vorlage sieht allerdings den

Ein Bundesratsitz: Dr. Stübel.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die 2. Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend

Übernahme einer Reichsgarantie für die Eisenbahn

von Tuda nach den Manengubergegen (Kamerun).

Abg. Lebedour (Soj.): Diese Vorlage sieht allerdings den

Ein Bundesratsitz: Dr. Stübel.

gleich steht, so muß derselbe zum Vorteil des letzteren ausfallen. Die Aufforderung Trotha, die Kriegseltern einzuliefern, kann nur dahin verstanden werden, daß die Eingeborenen aufgefordert werden, die Köpfe ihrer Hauptlinge einzuliefern. Gegenüber solchen durch Gewalt gebundenen Menschensbrüdern ist jeder andere Menschensbruder noch ein anständiglicher Mensch. Wenn Herr Erzberger eine Parallele ziehen will, dann darf er nicht Kalasjow, sondern etwa Baltasar Geray, den Menschensbruder Wilhelms des Schwelgers anführen. (Rufe links: des Schwelgers? Große Heiterkeit links.) Ich meine natürlich Wilhelm den Schwelger von Oranien, einen Wilhelm den Redseligen (erneute Heiterkeit) gibt es in der Geschichte nicht, wenigstens keinen solchen Wilhelm von Oranien. (Stärkere Heiterkeit links.) Die Ehre des deutschen Namens erfordert, daß wenn der Erlaß des Generals v. Trotha richtig ist, sein Urheber unverzüglich abberufen wird. (Ruh. Weifall bei den Sol.)

Abg. Erzberger (Zentr.) will den General v. Trotha nicht in Schutz nehmen, man müsse aber bedenken, daß derselbe sich zuerst gegenüber befindet, die sicher weit schlimmer seien, als der Großfürst Sergius von Rußland.

Herr. v. Schleiß die Diskussion.

Abg. Singer (Sag.) beantragt namentliche Abstimmung über § 1 der Vorlage.

Abg. Bachem (Zentr.) schlägt die Verlesung der Namen der Unterzeichner vor und empfiehlt für die Zukunft die Drucklegung solcher Anträge.

Präsident Graf Balkeström: Der Vorschlag ist erwägenswert, aber bis jetzt nicht geschäftsbildungsmäßig. Ich werde aber die Namen durch den Herrn Schriftführer verlesen lassen. (Heiterkeit.) Der Schriftführer verliest die Namen der sozialdemokratischen Antragsteller. Diese scheinen sämtlich anwesend zu sein.)

Die namentliche Abstimmung über § 1 ergibt **127 Ja, 61 Nein, 11 enthalten sich.** Es sind also 199 Abgeordnete, d. h. gerade die zur **Wahlprüfung** ... abgeordnete Anzahl, anwesend. (W. Heiterk., zumal bei den Natl.)

Es folgen die weiteren Paragraphen, welche debattelos in nicht namentlicher Abstimmung angenommen werden. Zu § 11 wird ein Antrag **Maab-Zattmann (mittl. Vg.)** angenommen, der vor der Landtagssession an die Gesellschaft die Schaffung von Eingewandertenreferaten vorseht. Die Abstimmung über den so geänderten § 11 ist nach Antrag der Sozialdemokraten wieder eine namentliche.

Präs. Graf Balkeström (nach erfolgter Abstimmung): Ich muß Ihnen die betrübende Mitteilung machen, daß die Abstimmung über § 1 ungünstig ist, weil ein Abgeordneter aus Böhmen zwei Zettel abgegeben hat, was sich bei der Revision herausgestellt hat. Es kommt oft vor, daß Zettel doppelt abgegeben werden, was beim raschen Zählen leicht übersehen werden kann. Das Haus war also schon bei der Abstimmung über § 1 beschlußfähig. An der jetzigen Abstimmung haben sich beteiligt 195 Abgeordnete, von denen 123 mit Ja, 60 mit Nein gestimmt und 12 sich enthalten haben.

Der Präsident setzt darauf aus eigener Machtvollkommenheit die nächste Sitzung fest auf Dienstag, den 30. Mai, 1 Uhr. (Kleine Vorläufer, Wahlversammlungen, Fortsetzung der zweiten Lesung der Stamerunvorlage, zweite Lesung des Vorlesegesetzes.)

Ende 6¼ Uhr.

Die Geheimnisse von Plöhensee.

Im Verlauf der Sitzung vom Mittwoch richteten die Verteidiger noch mehrere Fragen an den Zeugen Aufseher Richter. Der Hauptzeuge Schneck beantwortet die **Protokollierung der eidlichen Aussagen des Zeugen**, mit all seinen angeleglichen Widerständen. Da der Vorsitzende keine Veranlassung dazu sieht, beantragt Schneck Gerichtsbefehl, da er eine Anzeige wegen Meineides gegen den Zeugen stellen werde. Der Gerichtshof lehnt den Antrag auf Protokollierung ab. Nach Vernehmung des Aufsehers **Diener**, der sich im allgemeinen den Bekundungen der übrigen Aufseher anschließt, überreicht Rechtsanwalt **Dr. Halpert** einen schriftlichen Antrag, der dahin geht: Zum Zwecke der Aufklärung des Falles **Ekläröff** den **Rabbiner** zu laden, dem in Plöhensee die Seelorge des jüdischen Gefangenen **Ekläröff** oblag, ferner dem Direktor **Sauer** anzugeben, durch die Arbeitstätigkeit die Gefangenen festzustellen, mit denen **Ekläröff** in der Zeit vom 20. bis 25. Mai 1900 zusammengekommen hat. Diese würden bekunden, daß **Ekläröff** schon in dieser Zeit eine abnorme Geistesverfassung zeigte.

Medizinalrat Dr. Fleckner hat den Gesundheitszustand des **Ekläröff** bei seiner Entlassung nicht genau benannt, sondern nur gesagt, daß er krank war, was auf einen kranken (Krankheitszustand) schließen ließe. Auch bei jeder **Feststellungsfrage** habe er sich dem **Ekläröff** angeschlossen und kein Bedenken gegen den **Charakter** des **Ekläröff** zum Ausdruck gebracht und habe erklärt, daß ihm in der Parade gesagt worden sei, er brauche nicht zu arbeiten. Schließlich haben sich bei ihm die **Schwärmer** gezeigt, welche den Geheimrat **Vär** veranlaßt hätten, die **Überführung** in eine Anstalt zu beantragen. Als **Ekläröff** ins **Kazarett** kam, sei er körperlich heruntergekommen gewesen, über den Transport ins **Kazarett** könne er nichts sagen, er würde eine solche Art des **Transport**, wie sie hier stattfindend haben soll.

nuter allen Umständen als Unfug betrachtet haben. Es könnte auch bei psychisch erkrankten Zeugen vor, daß sie immer wieder wegen desselben Delikts disziplinarisch bestraft werden müßten. Kenntnis konnte bei Gefangenen häufig vor, namentlich bei **Russen**. **Dr. Ekläröff** habe sich dann im Laufe des **Strafvollzuges**, wie das hier vorkommt, eine akute Paranoia entwickelt.

Rechtsanwalt Viebnicht stellt durch Fragen fest, daß **Ekläröff** aus der Untersuchungshaft in Plöhensee eingeliefert wurde, **Dr. Meyer** nichts von den Beobachtungen bekannt gewesen sei, die **Dr. Fuyde** im Untersuchungsgefängnis an **Ekläröff** gemacht hatte, daß dieser gesagt hätte, „es klinkt“ usw. Wäre es — so fragt der Verteidiger — nicht zweckmäßiger, wenn beratige Dinge mitgeteilt würden, sobald ein Gefangener von einem Gefängnis ins andere übergeführt wird?

Vorsitzender: Diese Fragen muß ich ablehnen. Es geht über die Kompetenz des Gerichts hinaus, Mängel des Strafvollzuges im allgemeinen festzustellen. Hier handelt es sich darum, ob die Nebenzeugen ihre äusserliche Pflicht verletzt haben.

Rechtsanwalt Dr. Viebnicht: Das ist der Standpunkt der Anklage. Die Angeklagten behaupten aber doch, den Zweck verfehlt zu haben, systematisch.

Rechtsanwalt Dr. Viebnicht: Das ist der Standpunkt der Anklage. Die Angeklagten behaupten aber doch, den Zweck verfehlt zu haben, systematisch.

Rechtsanwalt Dr. Viebnicht: Das ist der Standpunkt der Anklage. Die Angeklagten behaupten aber doch, den Zweck verfehlt zu haben, systematisch.

Herr. v. Schleiß die Diskussion.

Medizinalrat Dr. Baer bekundet, daß sich am 2. Juni 1900 herausgestellt habe, daß **Ekläröff** zweifelslos **geisteskrank** geworden sei. Während des **Strafvollzuges** sei bei dem **Ekläröff** plötzlich eine akute **Paranoia** zum Ausbruch gekommen. Das konnte bei Leuten mit labilem Nervensystem häufiger vor, denn Leute, die vorher nervös waren, tragen eine gewisse Disposition dazu in sich. Es sei auch durchaus möglich, daß eine so zum Ausbruch gekommene akute Paranoia chronisch werden und über Jahr und Tag anhalten kann. **Dr. Baer** hält es für unglücklich, jemand, der wegen angeleglicher Krankheit nicht arbeiten will, den er aber für einen Simulanten hält, in das **Kazarett** zu schicken, und ihm die **Kost Nr. 4** zu verschreiben. Wenn der Betreffende gesund ist, dann hält er dies nicht lange aus, sondern pflegt sich dann schon nach drei Tagen gesund zu melden. Auf längere Zeit ist diese **Kost** für gesunde nicht geeignet. Er halte es für durchaus richtig, daß Leute, die auf Kosten anderer saulten wollen, keine **Kost** bekommen, die sie noch besonders kräftigt, sondern solche, die sie taum erhalt. Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung bezeugt **Geheimrat Dr. Baer** hervor, daß in Plöhensee die Zahl der Simulanten in erheblicher Weise gesunken ist. Man habe dort in den Jahren 1878 bis 1882 jährlich 36 Simulanten im **Kazarett** gehabt. Die Zahl hier dann auf 42, 48, 70, und in den letzten fünf Jahren beträgt die Zahl der Simulanten jährlich im Durchschnitt 108. Nach einer Reihe weiterer Bemerkungen wird die Sitzung auf Freitag vertagt.

lokales und Provinziales.

Breslau, 26. Mai 1905.

Breslauer Stadtverordneten-Versammlung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Sitzung erhielt das Wort **Stadt. Stein** zu folgender Erklärung:

Ich habe kürzlich in der Stadtverordneten-Versammlung gegen den Magistrat Vorwürfe wegen der Behandlung seiner Beamten erhoben. Auf Wunsch meiner Parteifreunde nehme ich dieselben mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück, bemerke aber, daß ich in gutem Glauben gehandelt habe, umsonst, als mit das in Aussicht gestellte Material nicht in dem Maße zugegangen ist, wie ich es von meinen Gewährsmännern erwarten durfte.

In **Haus 2** hinter Markt 2 sind Räume für die **Bureau des Gewerbe- und des Kaufmannsgerichts** gemietet. Dort soll auch ein **Verhandlungszimmer** für die beiden Gerichte geschaffen werden. Dazu ist ein **Lubau** und eine **Vertragsverlängerung** notwendig, welche genehmigt wurde.

Dem **deutschen Privatbeamtenverein, Zweigverein Breslau**, wird für die noch zu beschließende (1) Abhaltung der nächsten **Generalversammlung des Gesamtvereins**, die eventuell 1907 in Breslau stattfinden soll, **300 Mk.** bewilligt.

Die **Wilhelmsbrücke** über das **Schwarzwasser** ist so baufällig geworden, daß ihre **Renovierung** nicht weiter hinausgeschoben werden darf. Im Jahre 1903 sind zu diesem Zwecke bereits **9000 Mk.** bewilligt. Jetzt fordert der **Magistrat** noch **3000 Mk.** nach, damit eine **leichte Eisenbrücke** an Stelle der **Holzbrücke** gebaut werden kann. Im Hinblick auf diese **Vorlage** wurden vom **Oberbürgermeister** und dem **Stadtbaumeister v. Scholz** die **Schwierigkeiten** geschildert, welche von den **Besetzern in Wülshcim** aus dem **Bau einer großen Brücke** im Zuge einer **neuen großen Straße** nach dort entgegengeleitet wurden. Die **jetzige Vorlage** betreffe nur eine **Notbrücke**, die **große Brücke**, die mit der **Entwicklung Wilhelmsbrück** erforderlich werde, könne nur gebaut werden, wenn von beiden der **Geirunde** und der **Wesiger** ein **weltweites Entgegenkommen** gezeigt werde. Die **Vorlage** wurde genehmigt.

Vor dem **Grundstück 50/52** sind noch **99 Quadratmeter** **Strassenland** vor der **Fluchlinie** gelegen. Diese Fläche soll von der **Besitzerin** unentgeltlich an die **Stadt** überlassen werden, wenn die **Stadt** die **Errichtung des Postamtgebäudes** und die **Beseftigung des Bürgersteiges** ausführen läßt. Die **Kosten** hierfür, die sich auf ca. **1000 Mk.** belaufen, werden aus dem **Fluchlinienfonds** bewilligt.

Die **Veranlagung** nimmt **Kennntnis** von dem **Unfällen** des **Auschlusses VII** über die **Preisberechnung** des **Breslauer Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft** in 1904 gelieferten **elektrischen Stromes**.

Die **Ausschüttung** und **provisorische Pflasterung** der **Leich- und Bohrauerstraße** (zwischen **Garten- und Sadowastraße**) und der **Waldstraße** (zwischen **Sadowa- und Hirschkapelle**) soll schon in diesem Jahre in **Angriff** genommen und die **Kosten** sollen in den **Etat für 1906** eingestellt werden.

Die **Umzugskosten** des **Stadtrats Friedrich** werden genehmigt und außerdem dem **Auschuß I** aufgegeben, zu erwären, ob nicht eine **generelle Regelung** der **Umzugskosten** für **ämtliche städtische Beamten**, einschließlich der **Lehrer** und **Lehrerinnen**, möglich sei.

Die **Kosten** der **Drainierung** des **Gutes Ruzine**, deren Höhe sich noch nicht übersehen läßt, sollen aus dem **Fiskus für Wald-, Acker- und Wiesenland** ein **bestimmter Anteil** gedeckt werden.

In der **Miettschule** **Winkstraße 24** soll an Stelle der **Racheler-Kochheraus** eine **Niederdruck-Dampfheizung** eingerichtet und der **jährliche Mietpreis** dafür mit **900 Mk.** erhöht werden.

Der **Besitzer** des **Grundstückes** **Schmidbrücke 48** will sein altes **Haus** abbrechen und ein **modernes Geschäftshaus** errichten lassen. Durch die **festgesetzte Fluchlinie** werden vor dem **Grundstück** **114 Quadratmeter** frei, welche der **Stadt** zu überlassen sind. Als **Entschädigung** sollen für jeden **Quadratmeter** **30 Mk.**, das sind **34200 Mk.**, gezahlt werden.

Die **Grundstücke** **313, 334 und 337** in **Herdain** sollen durch die **Stadt** erworben werden. Sie umfassen **2 Hektar** **26,87 A** und **erfordern** den **Kaufpreis** von **115,000 Mk.** Diese Summe soll je zur **Hälfte** dem **Schulhausbau** und dem für **Marktsägewerk** bestimmten **Teile** der **Akte** von **1900** gedeckt werden.

Die **Vorlage** betreffend die **gärtnerische Anlegung** des **Schießwerts** und des **Kostplatzes** wurde von dem **Magistrat, Stadtd. Rastky**, mit dem **Bemerkten** zur **Annahme** empfohlen, daß zwar hier oder da eine **Verbesserung** möglich sei, jedoch sei das **Konzept** im **großen** so **gut** und **empfehlenswert**, daß man ohne **Anschub** abgema der **Vorlage** zustimmen könne. **Stadt. Fünfer** beantragt **Überweisung** an den **Auschuß**, da es **zweckmäßig** sei, auf dem **Waldplatz** den **städtischen Turnplatz** anzulegen. Nach kurzer **Debatte** wurde der **Antrag** auf **Auskußberatung** gegen **wenige Stimmen** abgelehnt und die **Magistratsvorlage** angenommen.

Die **Vorlage** betr. die **Straße nach Oswig**, welche am **Montag** in der **„Volkswacht“** **bekannt** worden ist, wurde dem **Auschuß V** zur **Beratung** überwiesen.

Im **Kosten** wird auf den **städtischen Friedhöfen** an dem **Friedhof der St. Nikolai-Gemeinde** entlang nach der **Oswiger Straße** ein **breiter Promenadenweg** **waldartig** angeplant. Dazu ist die **Erwerbung** einer **anderen Parzelle** von der **erwähnten Kirchengemeinde** mittels **Austausches** und außerdem der **Ankauf** einer **größeren Grundparzelle** nötig. Diese **Vorlage** wurde genehmigt und die **Kosten** in Höhe von **9121,70 Mk.** bewilligt.

Um für den **Bau** der **Kaiserbrücke** genügend **Raum** zu schaffen, soll das **Grundstück** **Werstraße 32** **Schulgaß 30** zum **Preis** von **61,500 Mk.** angekauft werden.

Außerdem wurden eine **Reihe** von **Rechnungsprüfungen, Juraklapperechnungen** und **Kontrollrechnungen** debattelos erledigt. Der **Öffentlichen** folgte eine **abendige Sitzung**.

Beim bevorstehenden Wohnungswechsel hätten wir an unsere **Leser** das **dringende Ersuchen**, recht **früh** der **Zeitungsträgerin** die **neue Adresse** übermitteln zu wollen. Ein **Zettel**, auf dem die **neue Wohnung** vermerkt ist und der dem **„Volkswacht“**-träger übergeben wird, ist das **beste Mittel**, um eine **Unterbrechung** der

Postzustellung zu verhindern. Gerade um den **Monatsanfang** wundern sich viele, wenn plötzlich die **gewohnte Post** ausbleibt. Dann schelten sie wohl **tüchtig** auf die **Postämter**, die ihnen die **„Volkswacht“** nicht mehr bringt und vergessen dabei, daß sie es selbst unterlassen haben, ihren **Wohnungswechsel** kund zu geben. Um **derartige Unannehmlichkeiten** zu vermeiden, bitten wir **dringend, rechtzeitig** von einem **bevorstehenden Umzug** dem **Kolporteur** Mitteilung zu machen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Verkäuferinnen. Am 24. Mai cr. fand eine **Mitgliederversammlung** im **Cafo Restaurant** statt. **Herr Dr. med. H. H. H. H.** hielt einen **lehrreichen Vortrag** über **„Die geistige Verfassung der Frauen, Frauencharakter und Frauenberuf“**, in welchem der **Vortrag** zunächst auf die **psychologischen Eigenschaften** der **Frauen** und die **Stellungnahme** der **heutigen bürgerlichen Frauenbewegung** betraucht. **Weiterhin** erläuterte der **Referent** die **Tätigkeit** der **Frauen** in den **verschiedenen Berufen** und verteilte die **Ansicht**, daß die **Frauen** sich wohl nie zu der **Hohe** des **geistigen Niveaus** des **Mannes** emporheben können. (**?**) An der darauf folgenden **Diskussion** beteiligten sich **verschiedene Kolleginnen**, indem sie **den gegenteiligen Standpunkt** einnahmen! **Weiterhin** bewilligte die **Versammlung** **100 Mk.** jährlich zum **Bau** des **Gewerkschaftshauses**. Hierauf wurden unter **Beisitz** der **Versammlung** **verschiedene Verbandsangelegenheiten** erörtert, worauf **Schluss** der **mäßig beluchten** **Versammlung** erfolgte. C. R.

Abnahme! Für die **Interessierten** des **Schwimmereins** findet **Sonntags** 8¼ Uhr **Abends** eine **Besammlungs** im **Gewerkschaftshaus** **Zimmer** Nr. 6 statt. **Pünktliches Erscheinen** wird erwartet. **Jeder** **Besuch**, welcher **Interesse** hat für die **Erkundung** dieses **nützlichen Vereins**, ist **eingeladen**.

Für die Ferienkolonien. Willst du für das am 5. Juni stattfindende **große Sommerfest** auf dem **Friedberg** — zum **Westen** der **Kinder-Ferienkolonien** — **ein** im **Vorworts** zum **Preis** von **50 Pfennig** pro **Stück** im **Verkehrsbureau** **Parasch, Ring** 31/32, **3. Et.**, erhältlich.

Ein netter Chemiker. Am 22. d. M. wurde eine **Tapetiererin** durch **ihr** **Mann** in **einem Hause** auf der **Döllnersstraße** **mishandelt** und an **beiden Händen** verwundet, so daß sie in der **Feuerwache** auf der **Stübingstraße** sich **Wunden** anlegen lassen mußte.

Heberfahren. Der **34 Jahre** alte **Kangie** er **Josef Neumann** von der **Riesenthalstraße** **4** wurde durch **einen** **Eisenbahnwagen** **überfahren**, wodurch **sein** **rechtes Bein** **zermet** wurde. Der **Berungläubte** wurde im **Kaiserlich-hospital** **untergebracht**, wo er am **24. d. M.** **gestorben** ist. — Ein **4 Jahre** alter **Knabe** wurde am **24. d. M.** auf der **Pöckelstraße** durch **eine** **Equipe** **überfahren**.

Töblicher Sturz. Eine **81 Jahre** alte **Witwe** stürzte in **ihrer** **Wohnung**, **Kurze** **Gasse** Nr. **19**, von einem **Tische** und verletzte sich an **einem Arm**. Am **21. d. M.** ist die **Frau** **gestorben**.

Waherfall. Am **22. d. M.**, **Abends**, wurde ein **Feiler** bei der **Bogener** **Eisenbahnbrücke** von **vier** **jungen Purtschen** angefallen, die **in** zu **Foßen** warfen und **mit** **schärpen Instrumenten** **schwer** an **Kopfe** **verwundeten**.

Ein Trübsinniger. Ein **Knabe** **Janaar** beim **Reinigen** eines **Kanal** **schlief** auf der **Hirschstraße** **gesunden** worden. Der **Mutter**, welcher mit dem **Buchstaben** **L. S.** **gezeichnet** ist, dürfte schon **längere** **Zeit** **dort** **gelegen** **haben**.

Zusammenstoß. Ein **Hollwagen** **ließ** am **23. d. M.**, **Nachmittags**, am **Schweidnitzer** **Stadthafen** mit **einem** **Strohhackwagen** **zusammenstoßen**, wobei **letzterer** am **Vorderrad** **beschädigt** wurde.

Mit Beschlag belegt wurde ein **fastes** **Zehnjähriger** **Stück**.

Verhaftet wurde ein **Arbeiter**, der **einen** **anderen** in **einer** **Restoration** auf der **Friedrich-Wilhelmstraße** **eine** **Flasche** **ins Gesicht** **geschlagen** und **ihn** **dadurch** **schwer** **verletzt** **hatte**.

Diebstahl. Einem **Monteur** wurden aus **einem** **Neubau** **Papiere** auf den **Namen** **Georg** **Weiser**, aus **einem** **Neubau** **in** **Hofstadl** **Hilfschulmeister** **im** **Werte** **von** **40 Mk.** **und** **einer** **Schaffersfrau** **von** **der** **Wingrabenstraße** **ein** **Portemonnaie** **mit** **6 Mk.** **gehoben**.

Polizeiliche Maßnahmen: In das **Polizeigefängnis** **wurden** am **24. d. M.** **15 Personen** **eingeliefert**. — **Abhandeln** **lassen:** **eine** **doppelreihige** **Koralle**, **eine** **Alleszange** **und** **eine** **silberne** **Damenuhr**. — **Entlassen** **ist** **ein** **Fortsetzer**.

Unglück, **24. Mai.** Das **Eisenbahnunglück** vor **St. Pölten**. Der **Staatsbahnhof** **Pöchlarn** war in seinem **östlichen** **Teile** in den **ersten** **Morgenstunden** **des** **2. April** der **Schau** **plötzlich** **Eisenbahnkatastrophe**, die **den** **Tod** **dreier** **Personen** **und** **die** **mehr** **oder** **weniger** **schweren** **Verletzungen** **von** **weiteren** **30 Personen** **zur** **Folge** **hatte**, **abgesehen** **von** **dem** **Materialschaden** **an** **Eisenbahnwagen** **und** **Gütern**, **der** **auf** **etwa** **60,000 Mk.** **berechnet** **worden** **ist**. **Als** **der** **Zug** **am** **5. Uhr** **früh** **in** **den** **hiesigen** **Staatsbahnhof** **von** **Pöchlarn** **her** **ankommend** **unter** **den** **Nr.** **6556**, **in** **welchem** **auch** **drei** **Personenwagen** **mit** **russisch-polnische** **Arbeitern** **eingestellt** **waren**, **eine** **Weiche** **passierte**, **kam** **ihm** **auf** **dieselben** **Weise** **zwei** **zusammengepresste** **Personenwagen** **entgegen**. **Die** **in** **den** **Personenwagen** **gehabten** **Personen** **erlitten** **schwere** **Verletzungen**. **Der** **Zusammenstoß** **war** **ein** **so** **heftiger**, **daß** **eine** **große** **Anzahl** **Wagen**, **darunter** **auch** **die** **drei** **Personenwagen** **zertrümmert** **und** **die** **Inassen** **unter** **den** **Personenwagen** **bestanden** **wurden**. **Da** **in** **dem** **Juge** **auch** **wiele** **fertiggestellte** **Güter**, **wie** **Spiritus**, **Petroleum** **usw.** **mitgeführt** **wurden**, **so** **erzient** **bleibt** **in** **solcher** **Gas-Explosion** **in** **Brand**, **der** **sich** **auch** **dem** **in** **unmittelbarer** **Nähe** **befindlichen** **Werkstoffwert** **mitteilte**. **Die** **unter** **den** **Personen** **bestanden** **waren** **der** **Schaffner** **Janke** **aus** **Breslau**, **die** **Arbeiterin** **Michalina** **Nowosi** **aus** **Russisch-Polen**. **Unter** **der** **Anlage**, **den** **Misfall** **durch** **Unachtsamkeit** **verursacht** **zu** **haben**, **waren** **jetzt** **die** **Führer** **der** **beiden** **Personenwagen**, **nämlich** **der** **Personenwagenführer** **Friedrich** **Kächler** **von** **hier** **und** **der** **Personenwagenführer** **Karl** **Marxner** **aus** **Sommerfeld**, **angeklagt**. **Durch** **die** **Beweisaufnahme** **wurde** **festgestellt**, **daß** **die** **beiden** **Personenwagenführer** **entgegen** **den** **Vorschriften** **zunächst** **nicht** **die** **Ummühen** **des** **diensttuenden** **Beamten** **abgewartet** **hatten**, **in** **den** **Schuppen** **fahren** **zu** **dürfen**; **sondern** **hatten** **vor** **dem** **Stellweil** **aufgestellte** **Tafel** **mit** **der** **Inschrift** **„Galt** **für** **Maschinen“** **nicht** **beachtet**, **sondern** **waren** **weiter** **gefahren**. **Als** **sie** **des** **Einsetzsignals** **anständig** **wurden**, **war** **ein** **Bremsen** **und** **Gegenampfen** **zu** **spät**. **Die** **zweite** **Maschine** **konnte**, **da** **sie** **mit** **der** **ersten** **zusammengepresst** **war**, **nicht** **zurück** **und** **wurde** **mit** **ins** **Verderben** **gezogen**. **Der** **Österreichische** **Staatsanwalt** **beantragte** **gegen** **Müller** **1½ Jahre**, **gegen** **Marxner** **1 Jahr** **Geängnis**. **Die** **Strakammer** **erkannte** **gegen** **Kächler** **auf** **1 Jahr** **Geängnis**, **wobei** **ein** **Monat** **durch** **die** **Untersuchungshaft** **als** **verbüßt** **angesehen** **wurde**; **auch** **wurde** **Kächler** **vorläufig** **aus** **der** **Untersuchungshaft** **entlassen**. **Der** **Mitangeklagte** **Marxner** **wurde** **freigesprochen**, **da** **seine** **Angabe**, **er** **habe** **Alles** **gesehen**, **um** **den** **Misfall** **abzuwenden**, **nicht** **als** **überzeugend** **erachtet** **wurde**.

Ertragen, **24. Mai.** **Tot** **aufgefunden** **wurde** **am** **Dienstag** **Morgen** **im** **St. Rhoderichen** **Graben** **in** **Wieden** **der** **20 Jahre** **alte** **Mausier** **Heinrich** **Reimer** **aus** **Thomsbad**. **Er** **bestand** **sich** **in** **der** **vorhergehenden** **Nacht** **in** **Begleitung** **zweier** **Kollegen** **auf** **dem** **Heimwege** **und** **nahm** **die** **bei** **der** **eine** **der** **Verletzte**, **welcher** **im** **Hö. eichen** **Busche** **in** **Wieden** **steht**, **eine** **dottergelbe** **Katzenmaße** **haben** **w**

Stadtsamtliche Nachrichten.

Todesfälle. I. Babwäcker Paul Meyer, 43 J. - Alfred, S. des Schneiders August Fischer, 2 Mon. - Stellmacher...

rente und die Arbeiterklasse. Referenten: (deutsch): Karl...

z. umberg. Versammlungsort: Köpfe, Thorenstr. 11. Volkversammlung...

10. Ziehung 5. Klasse 219. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers, prize amounts, and class information.

10. Ziehung 5. Klasse 219. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers, prize amounts, and class information.

Wittenswärdorf. Sie berichten über einen Arbeiter, der zum Morden bereit war...

Versammlungen und Vereine.

Breslau. Gewerkschaftshand. Sonnabend, den 27. Mai: Gewerkschaftshand. Sonntag, den 28. Mai: Gewerkschaftshand...

10. Ziehung 5. Klasse 219. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers, prize amounts, and class information.

10. Ziehung 5. Klasse 219. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers, prize amounts, and class information.